



Make ASD great again

oder

Was tut die Gewerkschaft eigentlich für mich?



Bezirk
Ruhr-West

www.essen-verdi-gemeinden.de

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

seit Bekanntwerden der erheblichen Fallzahlsteigerungen im ASD setzen wir uns zusammen mit Euch nachdrücklich für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen ein: Zwei Jahre unnachgiebiger Einsatz mit Korrespondenzen, Pressemeldungen, Gesprächen und Demonstrationen im Rathaus. .

Dicke Bretter müssen wir bohren, aber der Einsatz war - mit vorsichtigem Optimismus formuliert - nicht vergeblich. Das zeigen die Etatberatungen für das Jahr 2019 im Rat der Stadt Essen.

Auf unserer Webseite essen-verdi-gemeinden.de lässt sich der Einsatz über die Jahre nachvollziehen, aber eine Zusammenstellung wie diese ist praktischer und nützlicher: Sie ist schnell zur Hand und hilft in der Argumentation.

WAS HABEN WIR ZUSAMMEN ERREICHT ?

- 1.) Die Verwaltung hat endlich die kontinuierlich steigenden Fallzahlen bei den Kindeswohlgefährdungsmeldungen anerkannt und schonungslos in der Vorlage für den Jugendhilfeausschuss dokumentiert.
- 2.) Unsere Hartnäckigkeit hat jetzt dazu geführt, dass die Problemlagen im ASD stadtwweit bekannt sind. Niemand - weder Parteien, Jugendhilfeausschuss, noch die Verwaltung - kann nun erklären, über das Ausmaß der Misere nicht informiert gewesen zu sein.
- 3.) Euer „Auftritt“ bei der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.09.2018 hat deutlich gemacht, dass Ihr bereit seid, Euch massiv für Eure eigenen Belange einzusetzen und somit endlich wahrgenommen zu werden.

Wir danken der Aktivengruppe, die die Diskussion in den vergangenen zwei Jahren intensiv begleitet und vorangetrieben hat, wir danken all' denen, die mit-diskutiert, mit-demonstriert und mit-argumentiert haben. Eines aber sollte immer klar sein: :

Nur mit beharrlichem „Dranbleiben“ kommen wir vorwärts.

Deshalb ist diese Dokumentation auch nur ein „Zwischenergebnis“ und wir hoffen, dass unser Optimismus in einem Jahr vielleicht etwas weniger „vorsichtig“ sein kann.

WAS WOLLEN WIR NOCH ERREICHEN ?

Wir bleiben bei unseren Forderungen nach

- Aufstockung des Personals im ASD um je 2 Vollzeitstellen pro Bezirksstelle (insgesamt also 14 Vollzeitstellen) im Sinne einer Soforthilfe und
- unverzüglicher Einleitung eines Personalbemessungsverfahrens.

Grundsätzlich muss der Besorgnis erregenden Entwicklung – steigende Arbeitsbelastung und erhöhte Personalfuktuation – mit einer Personaloffensive, einer Offensive für „Gute Arbeit“, begegnet werden. Mehr Stellen sind **ein** Beitrag, die Aufgabe ist aber komplexer.

Der im Frühjahr des Jahres ins Amt gekommene Jugenddezernent Muchtar Al Ghusain hat sowohl im Jugendhilfeausschuss als auch bei seinen Besuchen in den Bezirksstellen zugesagt, sich mit den Arbeitsbedingungen im ASD intensiv auseinanderzusetzen und Maßnahmen in engem Dialog mit den KollegInnen zu entwickeln. Das begrüßen wir ausdrücklich und bleiben als Gewerkschaft mit dem Beigeordneten hierüber im Gespräch.

Schließlich: In kaum einem anderen Bereich wird so sehr deutlich, dass wir auch im Interesse der Essener Kinder und Jugendlichen und ihrer Familien, im Interesse des Gemeinwohls also, agieren. Es geht um Eure (sicheren) Arbeitsplätze, Eure Arbeitsbedingungen und letzten Endes auch um den Erhalt des kommunalen Sozialstaats.

In dieser Auseinandersetzung ist ver.di ganz vorne mit dabei!

Martina Peil

Gewerkschaftssekretärin
Fachbereich Gemeinden
ver.di Bezirk Ruhr-West

Christian Uhl

Vorsitzender der Fachkommission
Sozial- und Jugendhilfe
(FK SozJug) im ver.di Bezirk Ruhr-West

Dezember 2018

Verantwortlich i.S.d.P.: ver.di Bezirk Ruhr-West • Teichstr. 4a • 45127 Essen
Martina Peil - Fachbereich Gemeinden • Tel. 0201- 24 75 20 • bz.ruhr-west@verdi.de



**Bezirk
Ruhr-West**

Inhaltsübersicht	Seite
1 „Dauerbrenner Fallzahlen im ASD“ - von unserer damaligen Webseite soziale-berufe-essen.de (September 2016)	4
2 Offener Brief von ver.di vom 9.9.2016 an den Beigeordneten Peter Renzel	6
3 Antwort von Beigeordnetem Renzel vom 7.10.2016	7
4 Brief von ver.di an den Beigeordneten Renzel zum WAZ-Artikel vom 24.8.17	9
5 Antwort von Beigeordnetem Renzel vom 13.10.2017	11
6 Pressemeldung von ver.di vom 26.1.2018 „Kindeswohlgefährdung in Essen. Gewerkschaft lässt nicht locker“	13
7 Brief von ver.di an die Mitglieder im Rat der Stadt Essen	14
8 Brief von ver.di an den Beigeordneten Renzel vom 23.01.2018 zu seinem Brief vom 13.10.2017	15
9 Antwort von Beigeordnetem Renzel vom 22.2.2018	17
10 Brief von ver.di an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vom 4.6.2018	19
11 Beantwortung der Anfrage der Grünen vom 13.2.2018 im Jugendhilfeausschusses am 12.6.2018 von Beigeordnetem Mughtar Al Ghusain	21
12 Flugblatt „Make ASD great again“ zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.9.2018	23
13 Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.9.2018 Nr. 1036/2018/4 • <i>Auszüge</i>	24
14 Brief von ver.di an die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses vom 7.9.18	28
15 Aus der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 11.9.2018	30
16 Aus der Haushaltsrede von Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp im Rat der Stadt Essen am 26. September 2018	33
17 Faltblatt „Fallzahlen im ASD“ vom Fachbereich Gemeinden von ver.di Bund	34
18 Ausblick 2020/SuE-Tarifverhandlungen	36
19 Medienecho	37
■ Kontaktdaten ver.di Bezirk Ruhr-West	39

Dauerbrenner „Fallzahlen im ASD“

... so kann es nicht bleiben

Eine WAZ-Meldung am 24. August 2016 ließ aufhorchen: Essen „hat traurigen Spitzenwert bei Kindesmisshandlung“. Hinter der Statistik, welche die WAZ veröffentlichte, steckt natürlich eine noch weitaus größere (Dunkel-)Ziffer von Situationen, die unter „**Kindeswohlgefährdung**“ zu subsumieren sind. Und damit sind wir bei der Frage, ob und wie die Sozialen Dienste der Stadt in der Lage sind, auf eine womöglich kritische Entwicklung angemessen reagieren zu können.

Stichwort „Fallzahlen“

Wir erinnern: Im Mai 2014 hat ver.di vor der Kommunalwahl eine **Umfrage unter den Essener Ratsfraktionen** durchgeführt. Darin hieß es u.a.:

„Seit Jahren beklagt die Gewerkschaft ver.di die unzureichende Mittel- und Personalausstattung und stellt insbesondere im Hinblick auf die Arbeitsbedingungen fest, dass die Überforderung und Überlastung der Fachkräfte mittlerweile den Regelfall darstellt. Eine sach- und fachgerechte Aufgabenwahrnehmung ist so auf Dauer nicht mehr zu gewährleisten.“

Und weiter:

„Eine Befragung der städtischen Beschäftigten u.a. im ASD Mitte 2012 hat ergeben, dass sich – neben zahlreichen weiteren Faktoren – eine Unterschreitung der Mindestpersonalausstattung, häufige Personalausfälle und spät eingesetzte Krankheitsvertretungen nicht nur gesundheitsgefährdend auf die Beschäftigten auswirken, sondern auch problemverschärfend in dem gesamten Arbeitsfeld wirken.

Hiervon zeugen unter anderem auch die hohen Krankenstände. Bisher sind seitens der Stadt allerdings keine ausreichenden Maßnahmen hiergegen ergriffen worden.“

Die abschließende Frage an die Fraktionen lautete: „Wie positioniert sich Ihre Fraktion zu der Forderung einer Fallzahlobergrenze im ASD?“

Die Linke schrieb: „DIE LINKE hat die begründeten Forderungen der gewerkschaftlich organisierten Kolleginnen und Kollegen immer unterstützt und wird dies auch weiter tun.“

Die **Grünen** waren der Meinung, „dass die von Ihnen angesprochene Problematik eine ausführliche und fundierte Beratung verdient“ - sahen dazu aber in der „Hektik der Wahlkampfes“ keine Möglichkeit und wollten die Diskussion zu einem späteren Zeitpunkt führen.

In der Antwort der **CDU** hieß es: „Eine Fallobergrenze für den ASD ist weder adäquat noch praktikabel. Vielmehr sollte auch zukünftig insbesondere das Präventionsnetzwerk und die Angebote im Bereich der frühen Hilfen ausgebaut werden, um hierdurch nicht zuletzt auch eine Entlastung im Bereich der Fallarbeit zu erreichen.“

Ähnlich die **FDP**: „Der von Ver.di unterbreitete Vorschlag einer pauschalen Begrenzung führt bei alleiniger Anwendung nur unter oberflächlicher Betrachtung zu einer Reduzierung der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter/innen im ASD. Die Gesamtzahl bzw. Bearbeitungszeit der Fälle wird hierdurch nicht reduziert.“ und das **EBB** verwies uns lapidar auf ihr „Handlungsprogramm Essen 2020“.



1 „Dauerbrenner Fallzahlen im ASD“ - von unserer damaligen Webseite soziale-berufe-essen.de (September 2016) • Seite 2

Nun hören wir aktuell in Gesprächen mit Kolleginnen und Kollegen im ASD der Stadt Essen, dass sich die Situation seit dem Jahre 2014 nicht zum Positiven geändert hat. Vielfach befürchten Mitarbeiter/innen, ihre Aufgaben nicht mehr mit der gebotenen Sorgfalt durchführen zu können. **Deshalb heißt es für ver.di: Wir lassen nicht nach - das Thema „Fallzahlen“ bleibt auf der Tagesordnung.**

(...)

Von einem ressortspezifischen „Personalentwicklungsplan“ ist nichts zu sehen. Hier und da wurde wohl versucht, Lücken zu stopfen, aber es fehlt ein nachhaltiges (Personal-)Konzept. Erinnern wollen wir bei dieser Gelegenheit auch Oberbürgermeister Kufen an seine Worte vom Mai 2015. Vor etwas mehr als einem Jahr, während unserer Kampagne zur Aufwertung der sozialen Berufe, haben wir eine Umfrage an die politisch Verantwortlichen in der Stadt Essen gerichtet. **Herr Kufen**, damals noch Fraktionsvorsitzender der CDU, schrieb uns:

„Ich bin der Ansicht, dass der Bund, das Land NRW **und die Stadt Essen** ihren Anteil dazu beitragen müssen, um das Arbeitsumfeld der Beschäftigten in den Sozial- und Erziehungsberufen mit Blick auf die neuen Herausforderungen weiterzuentwickeln.

„... und die Stadt Essen“!

Herr Oberbürgermeister - sie sind am Zuge! 2014 schrieben wir in der Umfrage, dass sich die unzureichende Personalausstattung „problemverschärfend in dem gesamten Arbeitsfeld auswirkt.“

„**Problemverschärfend**“ ... **das betrifft die Lebenssituation von Essener Familien.** Lassen Sie es nicht dazu kommen, dass es eines Tages einen Fall von Kindeswohlgefährdung gibt, bei dem die Medien schreiben: „Essener Jugendamt überfordert.“

2 Offener Brief von ver.di vom 9.9.2016 an den Beigeordneten Peter Renzel

Stadt Essen
Geschäftsbereich 5
Herrn Beigeordneten Renzel
Rathausplatz 1
45127 Essen

Offener Brief

Kindeswohlgefährdung in Essen

Sehr geehrter Herr Renzel,
wir sind besorgt über die Situation der Kinder und Jugendlichen hier in Essen.
Die NRZ titelte am 24.8.2016 „Trauriger Spitzenwert bei Kindesmisshandlung. Bei körperlichen Übergriffen führt Essen die NRW-Statistik 2015 an.“
Demnach liegen die Zahlen für "Misshandlungen" seit 2013 konstant bei 27 Fällen jährlich, während die Zahlen für die "Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohl" eine Steigerung von 30 % von 2014 auf 2015 erfahren haben.
Was sind die Ursachen für diese Situation und was muss nun dringend getan werden?

Wir haben uns gestern in unserer Gewerkschaftsgruppe damit befasst und würden uns freuen, wenn Sie uns die folgenden Fragen beantworten könnten:

- Wie belastbar sind die genannten Zahlen zur "Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohl"?
- Welche Gründe sehen Sie für die Steigerung der Zahlen um 30% innerhalb eines Jahres?
- Liegen möglicherweise einmalige Sonder- bzw. Statistikeffekte vor?
- Gibt es schon Zahlen für das 1. Halbjahr 2016 vor, die eine ähnliche Tendenz für 2016 erkennen lassen?
- In welchem Rahmen werden die Zahlen für die "Einschätzung der Gefährdung des Kindeswohl" erfasst? Wer erfasst und wie schätzen Sie den Zeitaufwand für eine solche Analyse ein?
- Wie haben die MitarbeiterInnen diesen Anstieg bei der Kindeswohlgefährdung im Arbeitsalltag bewältigt? Hat es ggf. Aufgabenreduzierungen oder Neueinstellungen gegeben, um diese Steigerungen von 30% aufzufangen?
- Wie hoch schätzen Sie den Arbeitsanteil „Kindeswohlgefährdung“ an der Arbeit des ASD ein?
- Wie schätzen Sie die derzeitige Arbeitsbelastung der MitarbeiterInnen im ASD insgesamt ein?
- Welche Maßnahmen schlagen Sie vor, um diesen traurigen Spitzenwert verlassen zu können?

Ich bedanke mich für Ihre Bemühungen und sehe Ihren Antworten entgegen.

Mit freundlichen Grüßen
Martina Peil
Gewerkschaftssekretärin
Fachbereich Gemeinden
ver.di Bezirk Essen



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 5
Jugend, Bildung und
Soziales

Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Beigeordneter
Peter Renzel

Raum 14.39
Telefon +49 201 88 88500
Telefax +49 201 88 88510
E-Mail renzel@essen.de

7.10.2016

Stadt Essen · GB5 · 45121 Essen

ver.di Bezirk Essen
Frau Martina Peil
Teichstr. 4a
45127 Essen

Kindeswohlgefährdung in Essen

Sehr geehrte Frau Peil,

im Folgenden möchte ich zu Ihrem offenen Brief vom 09. September 2016 Stellung nehmen, in dem Sie -zusammengefasst- Ihre Sorge um die Kinder und Jugendlichen in Essen zum Ausdruck bringen und verschiedene Fragen zur Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen und damit einhergehender Arbeitsbelastungen beim ASD formuliert haben.

Neben vielfältigen weiteren Tätigkeiten stellt die Bearbeitung von Meldungen über mögliche Kindeswohlgefährdungen einen wichtigen Teil der Arbeit im ASD dar. Naturgemäß ist die Anzahl an Meldungen, die den ASD erreichen, nicht statisch, sondern von einer Vielzahl verschiedener, auch zufälliger Faktoren abhängig. Somit ist ein direkter Vergleich der „Meldungszahlen“ über die Jahre nicht ohne weiteres möglich. Im Mittel erreichen das Jugendamt Essen seit dem Jahr 2012 ca. 1360 Informationen und Meldungen, denen im Sinne des § 8a SGB VIII nachgegangen wird. Auch für das Jahr 2016 zeichnet sich zum jetzigen Zeitpunkt eine Meldungszahl in dieser Größenordnung ab.

In den Jahren 2014 und 2015 gab es eine signifikante, statistische Auffälligkeit, die ursächlich damit zusammenhängt, dass das Meldeverfahren auf die ausschließliche Online-Erfassung über das Internetportal von IT-NRW umgestellt wurde. Die statistischen Daten werden seit diesem Zeitpunkt nicht mehr an zentraler Stelle im Jugendamt gesammelt und danach an IT-NRW übergeben, sondern müssen seitdem von den jeweilig zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern direkt übermittelt werden. Im Rahmen dieser Datenübermittlung wurden Meldungen des Jahres 2014 vermutlich fälschlicherweise dem Jahr 2015 zugeordnet. Dies zeigt sich deutlich in der Reduzierung der Zahlen von 2013 (1330 Fälle) zu 2014 (1191 Fälle).

Aktuell plant das Jugendamt nach einer Überarbeitung der Fachstandards zur Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungsmeldungen auch die dazu gehörige Statistikübermittlung ins elektronische Jugendamts-Fachverfahren „JuAVE“ zu integrieren, damit Übermittlungsfehler zukünftig ausgeschlossen werden.



Besonders nennenswert ist der Bearbeitungsumfang bei festgestellten Kindeswohlgefährdungen. Hier sind die Zahlen von 2012 (581 Fälle) bis 2015 (547 Fälle) jedoch weitgehend stagnierend. Insofern ist auch nicht von einer Steigerung der Arbeitsbelastung in diesem Bereich in Höhe von 30% auszugehen.

Die Bearbeitung von Meldungen und Informationen über mögliche Kindeswohlgefährdungen läuft verständlicherweise fallspezifisch ab. Daher kann ich keine grundsätzliche Aussage zum Arbeitsumfang jeder einzelnen Meldung treffen. Darüber hinaus ist die Anzahl an Fällen, die in dem Zusammenhang zu bearbeiten ist, je nach örtlicher Zuständigkeit in Essen unterschiedlich. Des Weiteren geht die Bearbeitung bei festgestellter Kindesmisshandlung und Vernachlässigung häufig fließend in andere Arbeitsbereiche über, z.B. in die Mitwirkung an familiengerichtlichen Verfahren oder das Hilfeplanverfahren.

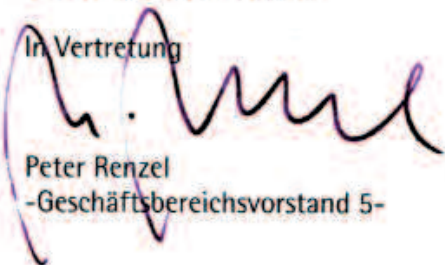
Insgesamt kann ich nicht bestätigen, dass es zu einer wesentlichen Veränderung des Arbeitspensums -insbesondere durch den Tätigkeitsbereich der Prüfung von Meldungen und Informationen zu möglichen Kindeswohlgefährdungen- gekommen ist. Da es jedoch eine Erhöhung der Arbeitsbelastung durch den Zuzug neuer Bevölkerungsgruppen in die Stadt Essen im Jahr 2015 gab, wurde die Stellenanzahl im ASD um insgesamt 9 Stellen erhöht.

Mir und allen Leitungsverantwortlichen der Abteilung Soziale Dienste ist sehr bewusst, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD eine hohe Verantwortung für die Abwendung von Kindeswohlgefährdungen haben und dies eine besondere Belastung darstellt. Aus diesem Grund ist der ASD seit Jahren trotz der schwierigen Haushaltssituation der Stadt Essen von jeglichen Personalkürzungen und Wiederbesetzungssperren ausgenommen. Durch die Ebene der Teamkoordinatorinnen und Teamkoordinatoren haben wir vor Jahren bereits eine Leitungsstruktur geschaffen, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD im Aufgabenfeld Kindeswohlgefährdung umfänglich berät und unterstützt. Darüber hinaus haben alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter regelmäßig die Möglichkeit, Supervision und Fortbildung in Anspruch zu nehmen.

Ich hoffe, Ihre Fragestellungen hiermit zufriedenstellend beantwortet zu haben.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung


Peter Renzel
-Geschäftsbereichsvorstand 5-

Stadt Essen
GBV 5
Beigeordneter Peter Renzel
Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Kindeswohlgefährdung in Essen

Sehr geehrter Herr Renzel,
die Meldung aus der WAZ vom 28.07.2017 - Kinder sind in der Stadt Essen immer häufiger gefährdet - beschreibt eine **Zunahme der Kindeswohlgefährdungsmeldungen um 50% von 1572 auf insgesamt 2309 für das Jahr 2016**. Dies ist von besonderer Bedeutung, da Sie in Ihrem Antwortschreiben auf einen offenen Brief unserer Gewerkschaft im Oktober 2016 noch von einer Größenordnung von ca. 1360 Meldungen für das Jahr 2016 ausgingen. Völlig unabhängig davon, wie Sie zu der gravierenden Fehleinschätzung (+ ca. 1000 Gefährdungsmeldungen binnen eines Jahres) kommen konnten, müssen wir als Gewerkschaft ver.di davon ausgehen, dass die von Ihnen im vorgenannten Schreiben als "einmalige Statistikeffekte" benannte weitere Zunahme für die Jahre 2014/2015 nicht als Begründung für die Steigerung der Zahlen für das Jahr 2016 ausreichen kann.
In Ihrem Schreiben von vor einem Jahr erklärten Sie weiter, dass die damalige Steigerung der Zahlen um 30% auf 1572 für das Jahr 2015 zu keiner wesentlichen Veränderung des Arbeitspensums geführt hätte, was wir bezweifelten.
Wenn es jetzt zu einer weiteren Steigerung der Zahlen um nochmals 50% gekommen ist, müssen wir als Gewerkschaft von einer erheblichen Überlastung der MitarbeiterInnen im ASD zwingend ausgehen.
Dies zusätzlich auch vor dem Hintergrund der von Ihnen damals angekündigten - und jetzt im Frühjahr 2017 im Jugendhilfeausschuss verabschiedeten - Fachstandards zur Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungsmeldungen.
Wir begrüßen die beabsichtigte Qualitätssteigerung, gehen allerdings auch von einem damit einhergehenden erhöhten Zeitaufwand für diese Bearbeitung aus. Oder verhält es sich so, dass mit der Verabschiedung dieses Fachstandards die Bearbeitung von Gefährdungsmeldungen beschleunigt wird?
Zusammenfassend sehen wir als Gewerkschaft ver.di die Notwendigkeit einer sofortigen Überprüfung der Arbeitsbedingungen im ASD gemäß § 2 der Anlage zu Abschnitt VIII Sonderregelungen TVÖD (TV Betrieblicher Gesundheitsschutz) und schlagen vor, umgehend ein Personalbemessungsverfahren einzuleiten.
Eine Mitarbeiterbefragung im ASD aus dem Jahr 2012 hatte bereits erhebliche Problemstellungen benannt, aber es wurden bisher keine geeigneten Maßnahmen eingeleitet. Eine bloße Umverteilung der eingesetzten Fachkräfte, wie es in den vergangenen Jahren praktiziert wurde, reicht nicht aus. Wir brauchen vielmehr eine Anpassung der personellen Ausstattung an den realen Arbeitsaufwand.



Als Sofortmaßnahme fordern wir die **Aufstockung des Fachpersonals um je zwei MitarbeiterInnen pro Bezirksstelle und die Schaffung entsprechender Planstellen.**

Der von Ihnen stets angeführte Hinweis, dass es im Arbeitsbereich des ASD - im Gegensatz zu fast allen anderen Arbeitsfeldern der Verwaltung (außer KiTa und Feuerwehr) - zu keinen Personalkürzungen gekommen sei, kann aufgrund der o.g. Problemstellungen nicht mehr greifen.

Zudem bitten wir Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

- Wann wurde im Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Essen zuletzt ein Personalbemessungsverfahren durchgeführt?
Wie waren die Ergebnisse?
- Wie schätzen Sie die aktuelle Belastung der eingesetzten Fachkräfte ein?
Wenn Sie, wie wir, eine hohe Belastung für die Beschäftigten im ASD sehen sollten:
Wie kann dieser Belastung auch im Sinne des Tarifvertrags zum betrieblichen Gesundheitsschutz adäquat entgegengewirkt werden?
- Welche Stellenanpassungen an die veränderten gesetzlichen und gesamtgesellschaftlichen Veränderungen hat es in den letzten 10 Jahren gegeben?
- Wie hoch schätzen Sie das Risiko ein, dass aufgrund der Überlastung der Beschäftigten MELDUNGEN übersehen werden, so dass Kinder zu Schaden kommen?
- Sehen Sie auch einen Zusammenhang zwischen hoher Belastung der MitarbeiterInnen im ASD – die unter anderem auch durch die zusätzliche zeitliche sowie psychische Belastung einer um 130 % gestiegenen Anzahl Kindeswohlgefährdungsmeldungen entsteht – und Vernachlässigung anderer Jugendhilfemaßnahmen?
- Würden Sie eine Anpassung der Standards des Fachbereiches oder die Ausführung der Aufgaben im Sinne der Standards präferieren?
- Falls Sie die Beibehaltung derzeitiger Essener Standards bevorzugen: Ist dies Ihrer Meinung nach mit der Anzahl der aktuell beschäftigten MitarbeiterInnen tatsächlich realisierbar?

Mit freundlichen Grüßen
Martina Peil
Fachbereich Gemeinden
ver.di Bezirk Ruhr-West
Teichstr. 4a
45127 Essen
Tel.: 0201 24752 12
www.essen-verdi-gemeinden.de



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 5

Jugend, Bildung und
Soziales

Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Beigeordneter

Peter Renzel

Raum 14.39
Telefon +49 201 88 88500
Telefax +49 201 88 88510
E-Mail renzel@essen.de

13 .10.2017

Stadt Essen · GB5 · 45121 Essen

Ver.di Bezirk Essen

Frau Martina Peil

Gewerkschaftssekretärin Fachbereich Gemeinden

Teichstraße 4a

45127 Essen

Kindeswohlgefährdung in Essen

in Ihrem Brief vom 24. August thematisieren Sie die Zunahme der Meldungen zu Kindeswohlgefährdungen und erkennbare Auswirkungen auf die Arbeitsbelastung im ASD.

Für den Anstieg der Gefährdungsmeldungen im Jahr 2016 sehe ich verschiedene Ursachen:

Die intensive Aufklärungs- und Informationsarbeit hat zu einer gestiegenen Sensibilisierung für das Thema Kinderschutz und Kindeswohl sowohl bei unseren in- und externen Partnern als auch in der Bevölkerung geführt. Darüber hinaus gab es in 2016 eine Reihe von Kinderschutzfällen in der Bundesrepublik mit erheblicher medialer Aufmerksamkeit. Erfahrungsgemäß ziehen solche Berichterstattungen immer auch einen zeitweisen Anstieg von Gefährdungsmeldungen nach sich.

Die Flüchtlingszuwanderung nach Essen hatte im Jahr 2016 ihren Höhepunkt erreicht. Die meisten Flüchtlinge waren in 2016 noch in Übergangs- und Erstaufnahmeeinrichtungen und Zeltedörfern untergebracht. Aus diesen Einrichtungen erfolgten im vergangenen Jahr sehr viele Gefährdungsmeldungen aufgrund der sehr beengten und provisorischen Lebensverhältnisse, die ein erhebliches Konfliktpotential auch für die Kinder mit sich brachten.

Auf diese besonderen Herausforderungen im Zuge der Zuwanderung wurde im Jugendamt und insbesondere in den Sozialen Diensten kurzfristig reagiert. Seit Anfang 2016 wurden sukzessive sieben überplanmäßige Einsätze in den Bezirksstellen der Sozialen Dienste und sechs weitere in der Fachgruppe unbegleitete Flüchtlinge realisiert. Die überplanmäßigen Einsätze im ASD halte ich auch weiterhin für notwendig, nachdem die überwiegende Mehrheit der Zugewanderten in den Privatwohnbereich verzogen ist.



ESSEN
2017

GRÜNE
HAUPTSTADT
EUROPAS

STADT



Auch die Fortführung der Fachgruppe für unbegleitete Flüchtlinge im bisherigen Umfang halte ich weiterhin für notwendig, da das Jugendamt Essen nach dem Königsteiner Schlüssel auch in Zukunft eine hohe Zahl junger Menschen versorgen muss.

Mit der Verlagerung der Zuwanderung in die Stadtteile hat der Rat der Stadt Essen ein umfassendes Integrationskonzept verabschiedet, das seit September 2017 in der Umsetzung ist. Neben sieben Stabstellen in den Bezirksstellen wurden auch 35 Stellen bei der Wohlfahrtspflege eingerichtet, die praktische, aufsuchende Arbeit leisten sollen und den Zugang der Zugewanderten zum Regelsystem sicherstellen sollen. Ich gehe davon aus, dass sich im Zuge der Umsetzung des Konzeptes hierüber spürbare Entlastungen für den ASD in der Einzelfallarbeit ergeben werden.


Das Jugendamt Essen hat im Jahr 2016 seine Qualitätsstandards zur Bewertung und zum Umgang mit Kindeswohlgefährdungen überprüft und angepasst, insbesondere bei der Gefährdungseinschätzung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte gibt es veränderte Strukturen. Solche regelmäßig vorzunehmenden Aktualisierungen von Qualitätsstandards führen nicht zwangsläufig zu einer Mehrbelastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD. Sie können mittelfristig auch zu einer Entlastung führen, weil sich die Qualität der Gefährdungseinschätzung verbessert und passgenauere Hilfen als bisher geleistet werden.

Ferner möchte ich darauf hinweisen, dass der Jugendhilfeausschuss am 12. September 2017 das Jugendamt beauftragt hat, aufgrund der gestiegenen Kindeswohlgefährdungsmeldungen ein umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der Essener Präventionsstrategie zu erarbeiten, um über eine systematische und durchgängige Präventionsarbeit die Zahl gefährdeter Kinder abzusenken.

Auch wenn die Arbeit im ASD sich durch gesellschaftlichen Wandel und Zuwanderung in den letzten Monaten erheblich verändert hat, halte ich es zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht, über Personalausweitungen zu entscheiden, solange beispielsweise das Integrationskonzept nicht ausreichend in der Praxis erprobt werden konnte.

Ich halte darüber hinaus eine auf Innovation zielende, offene Diskussion innerhalb der gesamten Jugendhilfe für dringend erforderlich, ob die bisher entwickelten fachlichen Instrumente der Einzelfallhilfe ausreichend geeignet sind, um veränderten Familiensystemen und Entwicklungsbedingungen von Kindern und Jugendlichen mittel- und langfristig gerecht zu werden.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung



Peter Renzel
-Geschäftsbereichsvorstand-

6 Pressemeldung von ver.di vom 26.1.2018: „Kindeswohlgefährdung in Essen. Gewerkschaft lässt nicht locker“

Kindeswohlgefährdung in Essen Gewerkschaft ver.di lässt nicht locker

50 % mehr Fälle von Kindeswohlgefährdung in 2016: Das Thema ging im Sommer 2017 durch die Medien. Eine bedenkliche Entwicklung, die nicht nur Eltern und Kinder betrifft, sondern auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Essener Jugendamtes: 50 % mehr Arbeit, aber keine Mehreinstellungen. Grund für die Gewerkschaft ver.di, dem Beigeordneten Renzel einige Fragen zu stellen.

So wollte ver.di u.a. wissen, wann im Allgemeinen Sozialen Dienst der Stadt Essen „zuletzt ein Personalbemessungsverfahren durchgeführt“ wurde und wie hoch der Beigeordnete die Gefahr einschätzt, dass „aufgrund der Überlastung der Beschäftigten (...) Kinder zu Schaden kommen?“ können.

„Konkrete Antworten auf diese Fragen haben wir in der Stellungnahme von Herrn Renzel vermisst - vielmehr wurden wir mit dem vagen Hinweis auf die Erprobung eines Integrationskonzeptes auf eine unbestimmte Zukunft vertröstet“, stellt Martina Peil vom ver.di Bezirk Ruhr-West fest.

ver.di weist darauf hin, dass die Zahl der „Inobhutnahmen seit 2006 „dramatisch gestiegen“ ist:

„Waren es 2006 noch 168 Inobhutnahmen, so ist diese Zahl bis auf 626 Inobhutnahmen in 2016 gestiegen“. Im gleichen Zeitraum aber „sind die Stellen für die Basisarbeit im Allgemeinen Sozialdienst gegenüber 2005 von 125,25 Vollzeitstellen auf 116,75 reduziert worden.

Das heißt ein Minus von 8,5 Vollzeitstellen. 8,5 Stellen weniger für viel mehr Arbeit im Allgemeinen Sozialdienst“.

Besonders befremdet ist die Gewerkschaft darüber, dass die Stadt Essen in technischen Bereichen viel eher bereit ist, unbefristete Dauerstellen zu schaffen und mit Nachdruck Ingenieure sucht, um Investitionsfördermittel verbauen zu können. Martina Peil: „Wenn es aber um Menschen geht, wird auf der „Baustelle Sozialarbeit“ nur Stückwerk betrieben. Wir sehen darin eine verantwortungslose Geringschätzung von Essener Familien und den Fachkräften im Allgemeinen Sozialdienst der Stadt! Mit dem neuen Beigeordneten Mughtar Al Ghusain, der in einigen Wochen die Nachfolge von Herrn Renzel antritt, werden wir deshalb schnellstmöglich das Gespräch suchen.“

7 Brief von ver.di an die Mitglieder im Rat der Stadt Essen vom 29.1.2018

Unsere "briefliche Auseinandersetzung" mit dem Beigeordneten Peter Renzel kann und wird sich nicht auf den "Austausch" von Schriftsätzen beschränken. Bei diesem Thema Kindeswohlgefährdung in Essen geht es um die Arbeitsbedingungen der Kolleginnen und Kollegen im ASD ebenso wie um das Wohlergehen von Essener Familien.

Wir bewegen uns hier nicht nur auf gewerkschaftspolitischem, sondern auch auf gesellschaftspolitischem Terrain. Deshalb haben wir unsere Stellungnahme den Mitgliedern des Rates der Stadt Essen zur Kenntnis gegeben ... und sind gespannt auf die Antworten.

(von unserer Webseite essen-verdi-gemeinden.de)

Der Wortlaut unseres Briefes vom 29.1.2018:

An die Mitglieder im Rat der Stadt Essen

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

anbei erhalten Sie unsere Rückmeldung an Herrn Renzel in Sachen Kindeswohlgefährdung in Essen (den kompletten Schriftwechsel entnehmen Sie bitte unserer Internetseite www.essen-verdi-gemeinden.de) zur Kenntnis, weil wir der Auffassung sind, dass unbedingt über die Stadtpolitik bessere Rahmenbedingungen für die soziale Arbeit in der Stadt Essen geschaffen werden müssen.

Dabei geht es noch nicht mal nur um den allgemeinen Sozialdienst (ASD), sondern grundsätzlich um Bildung und Soziales in Essen (es gab z.B. auch Schriftwechsel zur offenen Ganztagschule, OGS).

Wir möchten gern gemeinsam mit Ihnen beraten, ob und wie unsere Kinder, Jugendlichen und Familien hier in Essen besser und umfassender gefördert werden könnten. Hierzu gehören u.a. die Kitas, Familienzentren, OGS, Schulen etc.

Wir können es uns nicht leisten, junge Menschen abgleiten zu lassen, nur weil Kitaplätze nicht ausreichend vorhanden sind, OGS-Gruppen völlig überfüllt sind, Sozialarbeiter*innen nicht vorhanden oder überlastet sind, Schulsozialarbeit nur projekthaft stattfindet ... um nur einige Baustellen zu nennen.

Wir brauchen Unterstützung seitens der Politik, um im sozialen Bereich nicht zu kleckern, sondern zu klotzen.

Nicht Wahlperioden sind dafür der Maßstab, sondern eine verlässliche Förderung von frühester Kindheit bis zum Einstieg ins Berufsleben.

Denn sonst geht es uns bald wie bei anderen Baustellen in Essen: Gebäude, Straßen und Brücken sind marode und sind, falls überhaupt, nur noch mit enormen Aufwand zu retten.

Brücken kann man notfalls neu bauen - eine Kindheit nicht!

Lassen Sie es nicht so weit kommen. Greifen Sie jetzt ein und schaffen Sie eine solide Basis.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Peil

Fachbereich Gemeinden

ver.di Bezirk Ruhr-West

Teichstr. 4a

45127 Essen

Tel.: 0201 24752 12

www.essen-verdi-gemeinden.de

8 Brief von ver.di an den Beigeordneten Renzel vom 23.01.2018 zu seinem Brief vom 13.10.2017 • Seite 1

Stadt Essen
GBV 5
Beigeordneter Peter Renzel
Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Kindeswohlgefährdung in Essen Ihr Antwortschreiben vom 8.11.2017

Sehr geehrter Herr Renzel,
besten Dank für Ihr Antwortschreiben auf unseren Brief vom August 2017 zur Kindeswohlgefährdung, das hier am 8. November 2017 eingegangen war. Nach Gesprächen mit Kolleg*innen aus dem ASD über Ihre Antwort möchten wir Ihnen die folgende Rückmeldung zusenden, die den Unmut der Betroffenen deutlich zum Ausdruck bringt.

Wir haben Ihrer Antwort nämlich sehr gespannt entgegengesehen. Sie haben sich Zeit für die Beantwortung gelassen. Sie haben uns auf die Folter gespannt. Wir haben dies als positives Zeichen verstehen wollen und gehofft: **Unser Anliegen wird nun doch ernst genommen!** Gründliche Antworten erfordern nun mal Zeit.
Dann kam Ihr Brief... Welche Enttäuschung!

- > Kein Wort zu unserer Forderung nach Durchführung eines Personalbemessungsverfahrens.
- > Kein Wort zum Umfang der Aufgaben und der hohen Verantwortung, die die ASD-Kolleg*innen Tag für Tag im Kinderschutz zu meistern haben.
- > Kein Wort dazu, dass Sie die große Belastung der ASD-Kolleg*innen sehen, anerkennen und wertschätzen.
- > Kein Wort zu einer möglichen Entlastung der ASD-Kolleg*innen

Stattdessen vertrösten Sie uns auf eine unbestimmte Zukunft. Sie lehnen es ab, über dringend notwendige personelle Aufstockungen nachzudenken, solange „das Integrationskonzept nicht ausreichend in der Praxis erprobt werden konnte.“

Wie lange soll denn so ein Erprobungszeitraum dauern? Ein Jahr, zwei Jahre, fünf Jahre oder zehn Jahre? Was, wenn mit dem wichtigen Integrationskonzept realistischer Weise nur ein Teil der zusätzlichen Herausforderungen zu bewältigen ist?

Sie haben sich 2 Monate Zeit für diese Antwort genommen, aber Sie sind auf keine unserer sehr konkret gestellten Fragen eingegangen. Guter Stil und Personalfürsorge sieht anders aus.

Tatsache ist: Die Arbeit muss jetzt, aktuell und jeden Tag von den Kolleg*innen erledigt werden. Die ASD Kolleg*innen können eben nicht auf irgendwelche Effekte bauen, die eventuell in unbestimmter Zukunft zum Tragen kommen könnten.



8 Brief von ver.di an den Beigeordneten Renzel vom 23.01.2018 zu seinem Brief vom 13.10.2017 • Seite 2

Tatsache ist: Seit 2016 ist die Zahl der Inobhutnahmen dramatisch gestiegen. Waren es 2006 noch 168 Inobhutnahmen, so ist diese Zahl Jahr für Jahr kontinuierlich bis auf 626 Inobhutnahmen in 2016 gestiegen. Und wohlgemerkt: Die unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten sind dabei noch gar nicht mitgerechnet.

Tatsache ist: Der ASD des Jugendamtes Essen ist sogar von der bundesweiten Stellenentwicklung abgekoppelt. Bundesweit ist das Personal nämlich „gegenüber 2010 im Arbeitsbereich des Allgemeinen Sozialen Dienstes um 14% gestiegen“.

Tatsache ist: In Essen hat es keinerlei Zuwachs bei den Planstellen im ASD gegeben.

Tatsache ist: In Essen sind die Stellen für die Basisarbeit im ASD gegenüber 2005 von 125,25 Vollzeitstellen auf 116,75 reduziert worden. Das heißt ein Minus von 8,5 Vollzeitstellen. 8,5 Stellen weniger für viel mehr Arbeit im ASD.

Die von Ihnen angesprochenen überplanmäßigen Einsätze gleichen vorhergehende Reduzierungen also noch nicht einmal aus. Zunächst wurden reguläre Stellen für die ASD-Arbeit abgebaut, ein Teil wurde danach „überplanmäßig“ (meist befristet) wieder zur Verfügung gestellt. Dies als Entlastung zu verkaufen, ist doch wohl kaum mehr als ein Taschenspielertrick.

Tatsache ist: Die ASD-Kolleg*innen in Essen mussten in über 2.300 Fällen in 2016 Hinweisen auf mögliche Kindeswohlgefährdungen nachgehen. Tendenz steigend!

Zum Schluss noch diese einzige Frage:

Wie lange wollen Sie die Kolleg*innen des ASD und indirekt damit auch die betroffenen Familien und die gefährdeten Kinder dieser Stadt noch im Regen stehen lassen?

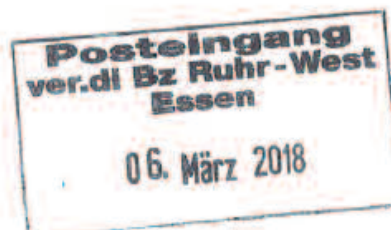
Sie geben den Bereich Jugend, wie wir der Presse entnehmen konnten, in nächster Zukunft an Ihren Nachfolger ab.

Wir als Gewerkschaft ver.di bleiben dran.

Mit freundlichen Grüßen
Martina Peil
Gewerkschaftssekretärin
Bezirk Ruhr-West
Fachbereich Gemeinden

Stadt Essen · GB5 · 45121 Essen

Ver.di Bezirk Ruhr-West
Frau Peil
Teichstraße 4a
45127 Essen



STADT ESSEN

Der Oberbürgermeister

Geschäftsbereich 5

Jugend, Bildung und
Soziales

Rathaus, Porscheplatz
45127 Essen

Beigeordneter
Peter Renzel

Raum 14.39
Telefon +49 201 88 88500
Telefax +49 201 88 88510
E-Mail renzel@essen.de

22.02.2018

Kindeswohlgefährdung in Essen

Sehr geehrte Frau Peil,

bevor ich auf die verschiedenen Punkte Ihres Schreibens vom 26. Januar 2018 eingehe, darf ich Ihnen zunächst versichern, dass ich zur Anerkennung der Arbeit und des Engagements meiner Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im ASD immer den persönlichen Kontakt gesucht habe und an maßgeblichen Stellen intern wie extern die besonderen Herausforderungen dieses Aufgabenfeldes hervorgehoben habe.

In diesem Zusammenhang möchte ich ausdrücklich betonen, dass der ASD in den letzten Jahren von Personaleinsparvorgaben ausgenommen war und es zu keinem Zeitpunkt eine Wiederbesetzungssperre vakanter Stellen gab. Auch die von Ihnen angeführte Personalreduzierung in den Sozialen Diensten im Jahr 2005 oder später kann ich nicht bestätigen. Im Gegenteil hat es durch eine größere Umorganisation im Jahr 2008 einen Personalzuwachs in den Sozialen Diensten gegeben.

In meinem letzten Schreiben bin ich bereits auf die aktuellen Personalzuwächse im Kontext der Flüchtlingszuwanderung eingegangen, deshalb verzichte ich auf eine Wiederholung.

Die Themen Fachkräftegewinnung, Personalentwicklung und Personalbemessung für den ASD gehören zu den wichtigen Zukunftsthemen. Im Rahmen des zu erwartenden Fachkräftemangels werden wir insgesamt noch stärker als bisher in die Personalgewinnung- und Entwicklung investieren und dabei gleichzeitig versuchen müssen, die Rahmenbedingungen zu verbessern.

Bevor es zu einer Überprüfung der Personalausstattung des ASD kommen kann, müssen die Arbeitsweisen und Prozesse analysiert und die Konzepte hinsichtlich möglicher Entlastungspotentiale überprüft werden. Mit der Fachbereichs- und Abteilungsleitung habe ich vereinbart, dass der Prozess zur Personalgewinnung, Personalentwicklung und Personalbemessung aufgenommen wird.

Die von Ihnen beschriebene fortlaufend steigende Tendenz bei Kindeswohlgefährdungen kann ich nach ersten Auswertungen für das Jahr 2017 nicht bestätigen. Im Gegenteil gehe ich von einem deutlichen Rückgang von Kindeswohlgefährdungsmeldungen aus.



ESSEN
2017
GRÜNE
HAUPTSTADT
EUROPAS



Ihre Zahlen zu den Inobhutnahmen durch den ASD entsprechen leider nicht den mir vorliegenden Controllingdaten. Im Jahr 2016 waren es 455 Inobhutnahmen durch den ASD; im Jahr 2017 belief sich die Zahl der Inobhutnahmen auf 454.

Seite 2

Auch, wenn Sie die Interessen Ihrer Mitglieder vertreten müssen, bitte ich aber für die Zukunft sehr darum, dass Sie Zahlen und Prognosen verwenden, die auch tatsächlich belastbar sind. Auch Sie als Interessensvertretung haben eine Mitverantwortung, dass sowohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des ASD als auch die Verantwortlichen in unserer Stadt durch nicht belastbares Datenmaterial irritiert werden.

Ausdrücklich weise ich zurück, dass ich Kinder und Familien „im Regen stehen lasse“.

In den vergangenen Jahren haben wir mit Unterstützung des Jugendhilfeausschusses umfangreich in präventive und sozialräumliche Strukturen und Maßnahmen investiert, die insbesondere belasteten Kindern und Familien zu Gute kommen.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung



Peter Renzel

-Geschäftsbereichsvorstand-

An
Mitglieder des Jugendhilfeausschusses
Stadt Essen
Kindeswohl in Essen

Sehr geehrte Damen und Herren,
kürzlich haben Zeitungen und Nachrichtensendungen mit der Meldung aufgemacht:
„Jugendämter beim Schutz von Kindern überlastet“ (so die WAZ v. 15. Mai 2018).
Berichtet wurde über eine Studie der Hochschule Koblenz, wonach die Beschäftigten der ASDs deutschlandweit ihre Arbeit kaum mehr schaffen. Es fehlen, so die überschlägige Berechnung der für die Studie verantwortlichen Wissenschaftlerinnen, in der Bundesrepublik 16.000 Stellen – bei derzeit 13.400 Beschäftigten in der bezirklichen Sozialarbeit insgesamt.

In den Kommunen sehen sich sowohl die betroffenen BezirkssozialarbeiterInnen als auch Leitungskräfte in den Jugendämtern bestätigt: Für die Wahrnehmung seiner für den kommunalen Sozialstaat essentiellen Aufgaben benötigt der ASD bessere Arbeitsbedingungen. Und vor allem eben: mehr Personal.

Monika Goral und Kerstin Kubisch-Piesk, Jugendamts- bzw. ASD-Regionalleiterin aus Berlin, fassen ihre Einschätzung zur Studie wie folgt zusammen: „Um gut arbeiten zu können, bedarf es allerdings deutlich besserer Arbeitsbedingungen, eine ausreichende Personalausstattung, um der ansteigenden, viel zu hohen Fallbelastung entgegenzuwirken – und einer Jugendhilfe, die Haltung zeigt und hilft.“

Unser Essener Jugendamtsleiter Ulrich Engelen wurde in der WAZ mit der Angabe von durchschnittlich 70 Fällen pro ASD-Sachgebiet zitiert. Diese Zahl liegt so klar über den in der Fachdebatte diskutierten Fallzahlobergrenzen, dass auch für Essen nur der eine Schluss zulässig ist: Der ASD unserer Stadt ist strukturell überlastet.

Anfang März sind einige von Ihnen unserer Einladung gefolgt, mit gewerkschaftlich organisierten KollegInnen über die Arbeitssituation im ASD zu sprechen. Hierbei haben wir die Indikatoren für eine in den vergangenen Jahren stetig gestiegene Arbeitsbelastung dargestellt. Wir haben argumentiert, dass sich allgemeine präventive Maßnahmen kaum degressiv auf die ASD-Fallzahlen auswirken. Und wir haben die ver.di-Forderung nach einer Fallzahlbegrenzung auf 28 Vorgänge aus den vier Kernarbeitsbereichen des ASD erläutert.

Im Essener ASD besteht seit vielen Jahren akuter Handlungsbedarf, die Belastungsspitze ist zur Dauerbelastung geworden. Wir fordern weiterhin zwei Stellen pro Bezirksstelle als Sofortmaßnahme. Zudem muss jetzt ohne Verzug ein dynamisches Stellenbemessungsverfahren implementiert werden, das für eine ausreichende Personalausstattung sorgt und bei veränderter Auftragslage Anpassungen garantiert. Mit Diskussionen über veränderte Arbeitsweisen, bundeseinheitliche Verfahrensstandards oder neue aufsichtsbehördliche Strukturen, wie sie derzeit von einigen Seiten geführt werden, ist den KollegInnen nicht geholfen.



Es steht viel auf dem Spiel:

Wir als Gewerkschaft wollen nicht und wir als Gesellschaft dürfen nicht riskieren,

- dass krisenhafte Entwicklungen im Aufwachsen übersehen werden, weil den Fachkräften die Zeit zur achtsamen Begleitung von Kindern, Jugendlichen und Eltern fehlt.
- dass Familien auseinandergerissen werden, weil dauerhafter Arbeitsdruck zu übereilten Inobhutnahmen führt.
- dass sich das Image des Jugendamtes am Ende auch aus diesem Grund wieder verschlechtert und die Inanspruchnahme von Beratung, Unterstützung und erzieherischen Hilfen gerade da abnimmt, wo Hilfe am nötigsten ist.

Der kommunale Sozialstaat muss mit seinen vielfältigen Angeboten insbesondere da leicht erreichbar sein, wo Krisen bereits strukturell durch Ressourcenarmut angelegt sind. Familien und junge Menschen müssen sich in dieser Stadt auf das Jugendamt verlassen können, wenn es drauf ankommt. Auf einen ASD, der fachlich auf der Höhe ist und der zugleich lebensweltnah und verständigungsorientiert agiert.

Wir appellieren an Sie als FachpolitikerInnen, die den Jugendhilfeausschuss und insofern auch die zweite Säule des Jugendamtes repräsentieren: Setzen Sie den ASD in den Stand, für Kinder, Jugendliche und Familien so da zu sein, wie es unserer Verfassung entspricht.

Mit freundlichen Grüßen

Martina Peil

Gewerkschaftssekretärin

Ver.di Bezirk Ruhr-West

Fachbereich Gemeinden

11 Beantwortung der Anfrage der Grünen vom 13.2.2018 im Jugendhilfeausschuss am 12.6.2018 vom Beigeordneten Muchtar Al Ghusain • Seite 1

Zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. Juni 2018

Beantwortung der Anfrage der GRÜNEN-Fraktion aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 13.02.2018 (zu Tagesordnungspunkt 20.1):

Fallzahlentwicklung bei gemeldeten Kindeswohlgefährdungen und personelle Ausstattung des ASD

Vorbemerkung:

Die Verwaltung beabsichtigt für die Sitzung des Jugendhilfeausschusses im September 2018 eine umfangliche Vorlage zum Themenkomplex „Kinderschutz in Essen“ zu erstellen. Hier ist sowohl eine umfassende Darstellung und Analyse der Fallzahlentwicklung und insbesondere zu den Verfahren im Bereich der Kindeswohlgefährdungen als auch die Beschäftigung mit den Entwicklungen im Bereich der Inobhutnahmen vorgesehen. In die Berichterstattung einfließen wird darüber hinaus auch eine erste fachliche Bewertung des neuen Fachstandards zum Schutz von Kindern (siehe Vorlage 1530/2016/5 „Kinder vor Gewalt, Vernachlässigung und anderen Gefahren schützen – Kooperativer Kinderschutz in Essen und Fachstandard für die Sozialen Dienste des Jugendamtes im Umgang mit Kindeswohlgefährdung“).

Zu den gestellten Fragen:

1. „Entwicklung der Fallzahlen von gemeldeten Kindeswohlgefährdungen in den letzten 5 Jahren“

Anzahl der KiWo-Meldungen		
	Kindeswohlgefährdungen in denen Hilfebedarf festgestellt wurde	Meldungen
2012	1190	1416
2013	993	1330
2014	885	1191
2015	1170	1572
2016	1769	2309

Die Zahlen für 2017 werden in der Regel Ende Juni/Anfang Juli durch IT.NRW veröffentlicht. Interne Prognosen gehen von einem deutlichen Rückgang aus.

2. Die unter dem Punkt 2. gestellten Fragen zur Personalsituation im ASD werden im Rahmen der Kinderschutzvorlage im September 2018 aufgegriffen, da aus Sicht der Verwaltung die gesamte Fallzahlentwicklung in den Blick zu nehmen ist und daher ein Blick auf die Hilfeplanfälle zu kurz greift.

3. Zur Frage, „ob die gestiegenen Meldungen an Kindeswohlgefährdungen mit dem akt. Personalbestand derzeit angemessen bearbeitet werden können bzw. wie die Verwaltung das Risiko einschätzt, dass aufgrund einer Überlastung von MitarbeiterInnen des ASD die Wahrnehmung des Schutzauftrags des Jugendamtes nicht mehr ausreichend gewährleistet werden kann. Wer trüge in einem solchen Fall die Verantwortung?“

Der Schutzauftrag von Kindern genießt im ASD allerhöchste Priorität. Gemeldete Kindeswohlgefährdungen werden durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gemäß Fachstandard umgehend



**11 Beantwortung der Anfrage der Grünen vom 13.2.2018 im Jugendhilfeausschuss
am 12.6.2018 vom Beigeordneten Muchtar Al Ghusain • Seite 2**

bearbeitet. Kindeswohlgefährdungen genießen eindeutig Vorrang gegenüber anderen zu erbringenden Leistungen des ASD.

Aufgrund der in den letzten Jahren deutlich gestiegenen Fallzahlen im Rahmen von Kindeswohlgefährdungen und insbesondere von Fällen, in den Handlungs- und Hilfebedarf gegeben ist, muss naturgemäß aber die Bearbeitung vieler anderer Pflichtaufgaben des ASD, in der Zeit der Bearbeitung von Kinderschutzfällen, zurückstehen.

05.06.2018
gez. Beigeordneter Al Ghusain



MAKE ASD GREAT AGAIN

ASD - MEHR PERSONAL JETZT: Unsere Forderung unübersehbar im Ratstrakt zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 12. Juni 2018 vor dem Hintergrund der Diskussion über die notwendige Personalaufstockung beim Jugendnotrufdienst

Mehrere JHA-Mitglieder äußerten, dass auch beim „Tagdienst“ – also beim kommunalen ASD – Handlungsbedarf gesehen werde. Aus Sicht von CDU und SPD müsse darüber hinaus eine allgemeine Debatte zur Situation des ASD aufgemacht und die gewerkschaftlichen Forderungen nach einer Fallzahlbegrenzung und Stellenbemessung intensiv erörtert werden.

Darauf – so der neue Geschäftsbereichsvorstand für Jugend, Bildung und Kultur, Herr Al Ghusain - will die Verwaltung in einer umfangreichen Vorlage für die nächste **JHA-Sitzung** eingehen. Diese findet statt am

DIENSTAG, den 11.09.2018 um 16.00 Uhr
im Ratssaal des Essener Rathauses (Porscheplatz)

Lasst uns dem JH-Ausschuss durch **unübersehbare Präsenz** zeigen, wie wichtig und notwendig eine **PERSONALAUFSTOCKUNG FÜR DEN ASD JETZT** ist.

KOMMT ALLE !!!



Verantwortlich i.S.d.P.: ver.di Bezirk Ruhr-West • Teichstr. 4a • 45127 Essen
Martina Peil - Fachbereich Gemeinden
www.essen-verdi-gemeinden.de

Bezirk
Ruhr-West

13 Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.9.2018 Nr. 1036/2018/4 • Auszüge • Seite 1

Link zum Dokument im Ratsinformationssystem:

https://ris.essen.de/tops/?__=UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZUZleb8Z1EAvOWycZzRO_8A

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2CB9RZy> >>> dort TOP 13

Auszüge der Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung zum Fachstandard Kinderschutz in Essen im Jugendhilfeausschuss am 11.09.2018

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen ist eine zentrale Aufgabe der Jugendhilfe und weiterer Kooperationspartnerinnen und -partner im Schul-, Gesundheits- und Sozialsystem.

Der Fachstandard des Jugendamtes „Kinder vor Gewalt, Vernachlässigung und anderen Gefahren schützen“ wurde am 08.11.2016 durch den Jugendhilfeausschuss zur Kenntnis genommen (Vorlage Nr.1530/2016/5)

(...)

1. Strukturelle Aspekte

1.1 Umsetzung des Fachstandards

Mit dem Fachstandard des Jugendamtes ist eine qualitative Weiterentwicklung der Arbeit des Allgemeinen Sozialen Dienstes (ASD) und weiterer Kooperationspartnerinnen und -partner verbunden.

Qualitativ neu ist beispielsweise, dass jede Meldung im Rahmen der vorläufigen Gefährdungseinschätzung durch mindestens drei Fachkräfte bewertet wird und alle Verfahren zur Überprüfung von Hinweisen auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung im Rahmen einer systematischen Bewertung geprüft werden.

Es ist somit sichergestellt, dass zu Beginn und zum Ende jedes Einzelfalles eine endgültige Einschätzung der Gefährdung nicht individuell durch die zuständige Fachkraft, sondern immer im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte vorgenommen wird. Bei festgestellter Kindeswohlgefährdung ist zudem in jedem Einzelfall ein Schutzkonzept gemeinsam mit den Sorgeberechtigten zu entwickeln und intern abzustimmen.

Dadurch wird sichergestellt, dass alle relevanten Aspekte erkannt und die notwendigen Maßnahmen zur Abwendung einer Kindeswohlgefährdung konkret vereinbart und dokumentiert werden. Es schließt gegebenenfalls notwendige Vereinbarungen mit weiteren Akteuren indem jeweiligen Einzelfall ein

(...)

2. Fallzahlentwicklung

Um langfristig wirksame Veränderungen aufzeigen zu können, werden nachfolgend die Fallzahlentwicklungen anhand von größeren Zeitreihen skizziert. Die Fallzahlen zu den Verfahren zur Überprüfung von Hinweisen auf Kindeswohlgefährdung werden **erst** seit 2013 erhoben. (...)

Die Anzahl dieser Verfahren ist in den Jahren 2015 und 2016 erheblich gestiegen (...)

Mit 2309 Verfahren wurde in 2016 die höchste Fallzahl für Essen innerhalb des Gesamtzeitraumes erreicht. **(Steigerung + ca. 1000 Meldungen oder ca. 70% von 2014 auf 2016)**. Im Jahr 2017 sind diese auf 1827 Verfahren zurückgegangen. Dennoch befinden sich die Zahlen weiterhin auf einem hohen Niveau.



13 Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.9.2018 Nr. 1036/2018/4 • Auszüge • Seite 2

Es werden parallel zu den Essener Zahlen die Dortmunder, Duisburger, Düsseldorfer und Kölner Daten ausgewiesen. Es wurden Städte des „Vergleichsring der Großstadtjugendämter“ ausgewählt. Nach Köln und Duisburg weist Essen mit 313 Verfahren je 100.000 Einwohnerinnen beziehungsweise Einwohnern (EW) die dritthöchste Anzahl an Verfahren (...) der Vergleichsstädte auf. Mit Ausnahme von Düsseldorf liegen alle Vergleichsstädte über dem NRW-Durchschnitt.

Es wurde die Anzahl der Fälle je 100.000 EW, in denen sich die Hinweise auf eine mögliche Kindeswohlgefährdung im Zuge der Überprüfung bestätigt haben, berechnet (...) Duisburg und Essen weisen durchgehend die höchsten Quoten auf. Düsseldorf liegt in jedem Jahr deutlich unter dem NRW-Durchschnitt. Die Zahlen für Köln und Dortmund bewegen sich nahe am Landesdurchschnitt.

(...)

a) Kindeswohlgefährdung:

Mit 38 Prozent liegt der Anteil der festgestellten Kindeswohlgefährdungen in Essen um 11 Prozent höher als im Landesdurchschnitt. Dieser Anteil liegt in Dortmund und Duisburg nah am Landesdurchschnitt. (...)

b) Keine Kindeswohlgefährdung, aber Hilfebedarf:

In dieser Kategorie führt Essen gemeinsam mit Dortmund. In jeweils 39 Prozent aller Verfahren wird zwar keine Kindeswohlgefährdung, jedoch Hilfebedarf festgestellt. Der entsprechende Anteil von NRW (32 Prozent) und aller übrigen Kommunen liegen unter der Essener Quote. Die größte Differenz besteht hier zu Köln mit 19 Prozent.

c) Keine Kindeswohlgefährdung und kein Hilfebedarf:

Nur in 23 Prozent aller Fälle enden die Verfahren in Essen mit dieser Feststellung. Essen liegt damit unter dem Landesdurchschnitt und auch unter dem Anteil aller Vergleichsstädte. In Düsseldorf und Köln werden circa 60 Prozent der Verfahren mit diesem Ergebnis abgeschlossen. In Essen ergeben sich in mehr als 75 Prozent aller Verfahren weitere Aufgaben für das Jugendamt.

2.2. Inobhutnahmen von Kindern und Jugendlichen gemäß § 42 SGB VIII

(...) Der höchste Wert wurde in 2016 (626 Inobhutnahmen) erreicht. In 2017 ist diese Zahl auf 533 zurückgegangen. Im Vergleich der Durchschnittswerte wird der starke Anstieg der Fallzahlen deutlich (siehe Diagramm 6 der Anlage 1). 2015 bis 2017 wurden durchschnittlich fast 2,5-mal so viele Kinder und Jugendliche in Obhut genommen wie dies im Zeitraum 2000 bis 2004 der Fall war. (...)

2.3. Häusliche Gewalt

(...) Die Anzahl der Fälle von häuslicher Gewalt ist seit 2004 mit kurzen Unterbrechungen kontinuierlich gestiegen. (...) Im Jahre 2004 wurden 321 Fälle zur Anzeige gebracht (niedrigster Wert). Diese Anzahl erreichte im Jahr 2017 mit 890 Strafanzeigen den höchsten Wert. Die durchschnittlichen jährlichen Fallzahlen sind von 471 auf 809 Strafanzeigen gestiegen. Diese sind somit um den Faktor 1,72 angestiegen. Seit 2016 wird jeder dem Jugendamt mitgeteilte Fall von häuslicher Gewalt als mögliche Kindeswohlgefährdung überprüft. (...)



2.4. Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge

Im Rahmen der fluchtbedingten Zuwanderung in den Jahren 2015/2016 ist eine große Anzahl von unbegleiteten Minderjährigen nach Essen gelangt. (...) Dies hat die Jugendhilfe in Essen aufgrund der hohen Zahl in den Jahren 2015 und 2016 vor große Herausforderungen gestellt (...) Aktuell befinden sich 410 minderjährige und volljährige unbegleitete Flüchtlinge in Maßnahmen der Jugendhilfe. (...)

2.5 Zusammenfassung:

- Alle aufgeführten und zur Verfügung stehenden statistischen Daten weisen langfristig deutlich gestiegene Fallzahlen auf, auch wenn es erstmalig seit Jahren einen Rückgang bei den Meldungen über Kindeswohlgefährdungen und Inobhutnahmen gibt.
- Es werden dem Jugendamt mehr Fälle mit entsprechenden Hinweisen bekannt.
- Es werden mehr Kindeswohlgefährdungen und ein größerer Hilfebedarf festgestellt. In beiden Kategorien weichen die Zahlen erheblich von denen der Vergleichskommunen und dem Landesdurchschnitt ab.
- Die Anzahl der Kinder, die in Obhut genommen werden, ist stark gestiegen. Im langfristigen Trend um den Faktor 2,5.
- Die Essener Fallzahlsteigerungen liegen teilweise deutlich über denen der angeführten Vergleichskommunen. Dies gilt in ähnlicher Weise auch im Vergleich mit dem Landes- und Bundestrend. Auch hier liegen die Zahlen in Essen deutlich über den Vergleichszahlen.
- Die Zahlen der polizeilichen Statistik zu häuslicher Gewalt weisen ebenfalls seit Mitte der 2000er Jahre erhebliche und (fast) kontinuierliche Steigerungen auf.

5. Personalsituation

5.1 Personalsituation im ASD

(...) In den letzten 5 Jahren hat es im ASD keine Stellenkürzungen gegeben.

Der aktuelle Personalbestand von 129,5 Vollzeitstellen stellt sich wie folgt dar:

- 116,75 Vollzeitstellen (**Reduzierung um 8,5 Stellen ggü. 2005**) und 6,75 überplanmäßige Stellen im Kontext von Zuwanderung
- + 6 überplanmäßige Stellen für die Aufgabe „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (**nicht ASD**).

(...)

5.2 Personalbindung

In den Jahren 2016 bis 2018 wurden erhebliche Anstrengungen unternommen, um befristete Arbeitsverträge im Zuge der Personalbindung in Festanstellung umzuwandeln.

- 2016 wurden 12 Verträge entfristet,
- 2017 wurden 33 Verträge entfristet
- bis zum 31.07.2018 wurden bereits 14 zeitlich befristete Verträge in Festanstellungsverhältnisse umgewandelt.

In der Vergangenheit waren 40 Fachkräfte befristet beschäftigt. Heute sind noch 20 Fachkräfte davon betroffen. Die Dauer der Befristung konnte parallel reduziert werden. In keinem Fall läuft aktuell die Befristung länger als 2 Jahre.



13 Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 11.9.2018 Nr. 1036/2018/4 • Auszüge • Seite 4

Gleichzeitig deutet sich eine erhöhte Personalfuktuation im ASD an (2017: 10 Austritte auf eigenen Wunsch, durch Verrentung oder Vertragsablauf; 2018: 16 Austritte auf eigenen Wunsch, durch Verrentung oder Vertragsablauf und 37 Veränderungen aufgrund von Mutterschutz, Elternzeit, Krankheitsvertretung oder Versetzung).

5.3 Fazit und Maßnahmenvorschläge

Angesichts des prognostizierten Fachkräftebedarfs im kommenden Jahrzehnt liegt ein besonderer Fokus auf der Weiterentwicklung der Konzepte zur Personalgewinnung und Bindung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Jugendamt. Dazu zählen:

- die Einführung des praxisorientierten „Dualer Studiengang Soziale Arbeit“ ab September 2018,
- die Besetzung von jährlich 12 Traineeestellen (Übernahmequote 80 bis 90 Prozent ins Jugendamt Essen),
- das seit 10 Jahren bestehende Kooperationsprojekt zwischen Stadt Essen und Universität Duisburg-Essen „Uni meets practice“,
- die Qualifizierung, Einarbeitung und Anleitung von (jungen) Fachkräften,
- die Entwicklung organisatorischer Ansätze, wie etwa die Einrichtung eines Springerpools ,
- die Verlängerung der sechs überplanmäßigen Einsätze im Bereich der unbegleiteten Flüchtlinge,
- die Verstetigung der 6,75 überplanmäßigen Einsätze im Bereich des ASD, da dauerhaft von einer erhöhten Fallbelastung ausgegangen werden kann,
- die Fortführung der Überprüfung von Verfahren und Arbeitsweisen im ASD,
- die Weiterentwicklung der präventiv-sozialräumlichen Arbeitsweise,
- die Analyse zur Personalentwicklung

> rot markiert sind Einfügungen durch uns

- mit (...) wurden Auslassungen markiert

Beschlussvorlage der Verwaltung zum Thema Kinderschutz in Essen

Sehr geehrte Damen und Herren,
wir begrüßen die übersichtliche und konkrete Sachverhaltsdarstellung der Verwaltung in der Vorlage 1036/2018/4 und stimmen ausdrücklich den Punkten 1 - 4 zu.
Hinsichtlich der sich daraus ergebenden Konsequenzen sind wir allerdings anderer Auffassung.

Zu Punkt 5.1.

Real können dem ASD aktuell lediglich 123,5 Vollzeitstellen zugeordnet werden:
Die 6 überplanmäßigen Stellen für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge gehören zu einer eigenen Fachgruppe, nicht zum ASD.

Und die 6,75 überplanmäßigen Stellen im Kontext von Zuwanderung bedeuten, dass rechnerisch noch nicht einmal 1 Vollzeitstelle für jede der 7 Bezirksstellen als „Entlastung“ eingesetzt wurde. Vor dem Hintergrund, dass allein die Kommunikation mit diesem Personenkreis häufig nur noch durch Sprachmittler sichergestellt werden kann, ist dies völlig unzureichend.

Die Darstellung, dass es in den letzten 5 Jahren im ASD keine Stellenkürzungen gegeben hat und der ASD weiterhin von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen ist, ist zwar zutreffend, dies reicht aber angesichts der vorher beschriebenen gestiegenen Anforderungen und der festgelegten Qualitätsstandards bei weitem nicht aus.

Die in **Punkt 5.2.** dargestellten Maßnahmen zur Personalbindung sind grundsätzlich zu begrüßen. Doch da unsere Nachbarkommunen Festanstellungsverhältnisse anbieten und höhere Gehälter aufgrund einer besseren Eingruppierung, sind diese Maßnahmen nicht ausreichend.

Besorgniserregend müssen allerdings Tendenzen stimmen, wenn sich jüngere KollegInnen, die gerade erst eingearbeitet (worden) sind, bereits wieder mit Abwanderungsgedanken (in andere Tätigkeitsfelder der Sozialen Arbeit) auseinandersetzen, weil ihnen der Arbeitsdruck im ASD zu hoch ist.

Die Einarbeitung jüngerer Kolleginnen und Kollegen bindet zudem zusätzliche (Personal-)ressourcen.

Die **Maßnahmenvorschläge in Punkt 5.3** sind grundsätzlich zu begrüßen, Teile davon sind bereits seit Jahren implementiert.

Die Verwaltung beschreibt zum Thema Kinderschutz zusammengefasst:

- dass alle aufgeführten und zur Verfügung stehenden statistischen Daten langfristig deutlich gestiegene Fallzahlen aufweisen.
- dass mehr Kindeswohlgefährdungen und ein größerer Hilfebedarf festgestellt werden. In beiden Kategorien weichen die Zahlen erheblich von denen der Vergleichskommunen und dem Landesdurchschnitt ab.



- dass die Anzahl der Kinder, die in Obhut genommen werden, stark gestiegen ist - im langfristigen Trend um den Faktor 2,5.
- dass die Essener Fallzahlsteigerungen teilweise deutlich über denen der angeführten Vergleichskommunen liegen. Dies gilt in ähnlicher Weise auch im Vergleich mit dem Landes- und Bundestrend. Auch hier liegen die Zahlen in Essen deutlich über den Vergleichszahlen.
- dass die Zahlen der polizeilichen Statistik zu häuslicher Gewalt ebenfalls seit Mitte der 2000er Jahre erhebliche und (fast) kontinuierliche Steigerungen aufweisen.

Die sich daraus zwingend notwendig ergebende Maßnahme – nämlich eine strukturelle Erhöhung des Personalbestandes im ASD – wird nicht aufgeführt.

Wir als Gewerkschaft bleiben daher bei unseren Forderungen:

- **Aufstockung des Personals im ASD um je 2 Vollzeitstellen pro Bezirk (insgesamt also 14 Vollzeitstellen)**
- **unverzögliche Einleitung eines Personalbemessungsverfahrens**

Wir hoffen, dass Sie diese Forderungen unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen
Martina Peil
Fachbereich Gemeinden
ver.di Bezirk Ruhr-West
Teichstr. 4a
45127 Essen
Tel.: 0201 24752 12
www.essen-verdi-gemeinden.de

TOP 13: Kinderschutz in Essen 1036/2018/4 • Bericht erstattet: Beigeordneter Al Ghusain

Der **Beigeordnete Al Ghusain** berichtet, dass die Themen „Kinderschutz“ und „Personalsituation im ASD (Allgemeiner Sozialer Dienst)“ ihn schon zu Beginn seiner Amtszeit in Essen - **auch durch die Kontaktaufnahme der Gewerkschaft ver.di** – erreicht hätten.

Die gesamte Thematik hätte in den letzten Monaten breites öffentliches Interesse hervorgerufen und sei ebenfalls verwaltungsintern intensiv diskutiert worden. Er dankt den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes für die sehr informative Vorlage.

Es sei ihm ein wichtiges Anliegen, in den nächsten Monaten insbesondere die Beschäftigten des ASD in den Bezirksstellen kennenzulernen, um sich persönlich – auch hinsichtlich der Frage der Personalbemessung - über deren Situation, Wünsche und Bedürfnisse ein Bild zu machen. Zwei Bezirksstellen habe er bereits besucht.

Er nehme die **Forderung von ver.di nach einem Personalbemessungsverfahren** ernst. Bundesweit beständen hierzu unterschiedliche Konzepte und Verfahren mit verschiedenen Ansätzen zu den Kriterien (wie zum Beispiel Relation von Einwohnerzahl oder Fallzahl je Beschäftigtem, Sozialindex).

Seiner Meinung nach sei die Fragestellung jedoch sehr viel komplexer, da die subjektive Belastungssituation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter durch die gestiegenen Anforderungen nicht in eine mathematische Formeln gearbeitet werden könne.

Er strebe einen Dialog mit den in Essen sehr engagierten Beschäftigten zur künftigen Ausgestaltung an. Deshalb sei die Vorlage noch kein endgültiges Ergebnis, sondern eine umfassende Situationsdarstellung.

Er habe die **Kritik der Gewerkschaft ver.di** wahrgenommen, dass die angegebenen Zahlen vielleicht nicht ganz korrekt seien, da überplanmäßige oder befristete Stellen eingerechnet seien, die dem ASD nicht ohne weiteres zugerechnet werden könnten; dazu seien detaillierte Überprüfungen erforderlich.

Das Jugendamt und der Geschäftsbereich 4 zielten verwaltungsintern auf eine Entfristung bestehender Verträge beziehungsweise gegebenenfalls Schaffung zusätzlicher Stellen ab. Er betont, dass mit der in der Vorlage beschriebenen Entfristung von Verträgen –insgesamt 59 im Zeitraum von 2016 bis zum 31.07.2018 –erste Signale gesetzt worden seien.

Er habe den Eindruck gewonnen, dass in den letzten Jahren beim ASD ein Generationenwechsel stattgefunden habe; die jungen Kolleginnen und Kollegen, aber ebenso die älteren, seien seiner Wahrnehmung nach nicht nur durch die Art der Anforderungen, sondern vor allem durch die Menge der Aufgaben möglicherweise an der Grenze ihrer Belastbarkeit.

Ziel sei eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen und eine angemessene Stellenausstattung – auch im Hinblick auf die Situation in anderen Städten, die von vornherein unbefristete Arbeitsverhältnisse oder eine bessere Vergütung anböten, und den allgemein bestehenden Fachkräftemangel.

Erste Schritte seien dazu erfolgt, sodass er zuversichtlich sei, dass zukünftig eine Entlastung erfolgen könne und sich gute Perspektiven für junge Menschen entwickeln würden. Abschließend betont er nochmals, dass ihm die Anliegen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig seien, und seine Bereitschaft zu weiteren Gesprächen im anstehenden Prozess.



Ratsfrau Hallmann, CDU-Fraktion,

dankt der Verwaltung für die umfassende Darstellung der aktuellen Situation zum – aus ihrer Sicht Themenschwerpunkt Kinderschutz“ beziehungsweise zur Wahrnehmung der Aufgaben durch den ASD. Ziel sei die einheitliche Umsetzung aller Anforderungen des Fachstandards und damit die Sicherung der Qualität im Kinderschutz in allen Bereichen der Stadt.

Die in der Vorlage aufgezeigten strukturellen Aspekte zeigten, dass die Stadt Essen in diesem Bereich gut aufgestellt sei. Wenn die Fallzahlen auch deutlich gestiegen seien, so könne dieser Trend letztendlich positiv bewertet werden, denn seit dem Jahr 2016 werde jeder dem Jugendamt mitgeteilte Fall von häuslicher Gewalt als mögliche Kindeswohlgefährdung überprüft.

So werde aus verschiedenen Gründen – wie auf Seite 6 dargestellt – das „Dunkelfeld“ aufgeheilt. Aufgrund der Tatsache, dass es in den letzten fünf Jahren im ASD keine Stellenkürzungen gegeben habe und er weiterhin von der Wiederbesetzungssperre ausgenommen sei, stelle sich die Situation mit dem aktuellen Personalschlüssel von 129,5 Vollzeitstellengut dar.

Sie weist außerdem auf die auf Seite 9 beschriebene Anzahl von entfristeten Verträgen hin. Die Arbeit des ASD könnte unter anderem durch Gewinnung und Bindung neuen Fachpersonals, Einrichtung eines Springerpools, Verstetigung der 6,75 über-planmäßigen Einsätze sowie Verlängerung der sechs überplanmäßigen Einsätze im Bereich der unbegleiteten Flüchtlinge unterstützt und ausgebaut werden. Die Haushaltsberatungen für diesen Bereich bleiben abzuwarten.

Herr Hollinger, FDP-Fraktion,

spricht der Verwaltung im Namen seiner Fraktion Dank für die Vorlage aus, die die komplexe Thematik mit den vielen Herausforderungen wie zum Beispiel die stetige Weiterentwicklung der Fachstandards, der Umgang mit Kindeswohlgefährdungen und die Personalplanung, die in Einklang mit dem Fachkräftemangel gebracht werden müsse, ausführlich darstelle.

Diesen Herausforderungen sollte sich möglichst zeitnah gestellt werden. Er halte die Entwicklung bei den Kinderschutzverfahren für beunruhigend, da drei Viertel mit der Feststellung einer Kindeswohlgefährdung beziehungsweise eines akuten Hilfebedarfs abgeschlossen würden.

Er könnte andere Schlussfolgerungen nachvollziehen, trotzdem gelte es aber entgegenzusteuern, besonders auch im Hinblick auf den interkommunalen Vergleich. Er spreche sich deshalb genau wie Ratsherr Gunkel (unter Tagesordnungspunkt 11) für eine ausführlichere Beratung im Unterausschuss aus - ebenfalls in einer gemeinsamen Sitzung beider Unterausschüsse.

Ratsfrau Jankovic, SPD-Fraktion,

dankt der Verwaltung für die Vorlage und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des ASD für ihre Arbeit. Die Vorlage zeige den absoluten Fortschritt in der Kommunikation, die Anerkennung von Handlungsbedarfen und darüber hinaus konkrete Handlungsvorschläge auf, die in die richtige Richtung gingen.

Weiterhin prägten eine um elf Prozent über dem Landesdurchschnitt liegende Zahl von Kindeswohlgefährdungen und die hohen Wachstumsraten bei den Inobhutnahmen von Kindern in den Altersgruppen bis zu drei und neun Jahren die gestiegenen Anforderungen der Arbeit beim ASD. Auf diese Entwicklungen müsste reagiert werden.

Sie lobt die Offenheit bei der Darstellung des dauerhaft erhöhten Arbeitsaufkommens und der personellen Fluktuation, die die Stadt Essen als Arbeitgeberin auch angesichts des Fachkräftemangels – und nicht nur in diesem Bereich – thematisieren müsse. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssten gestärkt werden, um Arbeitskontinuität im Sinne des Kinderschutzes durch zufriedene Beschäftigte zu gewährleisten.

An dieser Stelle danke sie dem Beigeordneten für seine Worte. Die aufgezeigten Maßnahmenvorschläge seien hilfreich, gleichwohl gelte es, sich langfristig Gedanken zu machen. Bezug nehmend auf einen Brief von ver.di im Vorfeld der Sitzung betont sie, dass die Forderung nach einer Personalverstärkung ernst genommen werde; in den kommenden Haushaltsberatungen müsse dazu Stellung bezogen werden.



Sie unterstütze die Ausführungen des Beigeordneten zum Thema Personalbemessungsverfahren und denke auch, dass Lösungen nicht kurzfristig erreichbar seien, dass aber gemeinsam am Ziel gearbeitet werde, einen zukunftsfähigen ASD mit einer langfristig angemessenen Personalausstattung aufzustellen.

Sie befürworte ebenfalls eine Beratung in einer gemeinsamen Sitzung beider Unterausschüsse, um sich intensiver mit diesen Rahmenbedingungen und dem System grundsätzlich zu beschäftigen.

Es gelte beispielsweise Antworten auf die Fragen zu finden, was es heiße, dass die in Obhut genommenen Kinder zahlreicher und immer jünger seien und zur Situation in Noteinrichtungen. Sie erhoffe sich durch die Diskussion mit allen Beteiligten im geschützten Raum zielführende Anregungen über die Vorlage hinaus.

Herr Dr. Hermans, Wohlfahrtsverbände,

betont, das gute Miteinander und die gute Kooperation zwischen den Kolleginnen und Kollegen der Wohlfahrtsverbände und denen des ASD. Diese bemerkten in Bereichen des ASD durchaus die Belastungssituation, die folglich häufig zu einer Abwägung zwischen Kinderschutz und Regelaufgaben, die dringend zu gewährleisten seien, führen müsse.

Die Wohlfahrtsverbände unterstützen den Prozess durch die qualitative Debatte in der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII Jugendhilfe und den anderen Planungsgremien. Er befürwortet den Vorschlag, die Vorlage in eine gemeinsame Sitzung beider Unterausschüsse zu verweisen, um die Felder „Kinderschutz“ und „Aufstellung des ASD“ als wichtiges stadtgeseftliches Thema und weitere Fragestellungen intensiver zu betrachten.

Ratsfrau Krusenbaum, GRÜNE-Fraktion,

begrüßt die Vorlage als einen Schritt in die richtige Richtung. Darüber hinaus freue sie sich über die vom Beigeordneten und von den Parteien geäußerten Signale zum angedachten Prozess und die Einigkeit. Bei den Vorschlägen der Parteien zu den kommenden Haushaltsberatungen werde ihre Partei auf jeden Fall die personelle Verstärkung im ASD berücksichtigen und ebenfalls die Vorschläge der anderen Parteien dahingehend überprüfen.

Der Ausschussvorsitzende, Ratsherr Endruschat,

stellt das Einvernehmen fest, die Vorlage zur inhaltlichen Beratung in eine gemeinsame Sitzung der Unterausschüsse Jugend und Kinder zu verweisen. Die Diskussion über das Gesamtsystem sollte auch zum Beispiel unter besonderer Betrachtung der Inobhutnahmen, Einrichtungen und Pflegefamilien, die Notplätze anbieten, erfolgen.

Einstimmiger Beschluss: Der Jugendhilfeausschuss verweist die Vorlage mit der Drucksache - Nummer 1036/2018/4 „Kinderschutz in Essen“ zur gemeinsamen Beratung in den Unterausschuss Jugend und den Unterausschuss Kinder.

.....

Link zum Dokument im Ratsinformationssystem:

https://ris.essen.de/sdnetrim/UGhVM0hpd2NXNFdFcExjZQvg2H4iRYnLAOc9f5oxUpDYaqTWN6NsQ3wrBQU0GHA_/Oeffentliche_Niederschrift_Jugendhilfeausschuss_11.09.2018.pdf

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2yBGamQ>

typographische Hervorhebungen in der Niederschrift durch uns

16 Aus der Haushaltsrede von Stadtkämmerer Gerhard Grabenkamp im Rat der Stadt Essen am 26. September 2018

Aber wir investieren nicht nur in Steine, sondern auch in Menschen.

Im Haushalt stellen wir das notwendige Geld – und ich betone: das notwendige Geld zur Verfügung, um insbesondere

- dringende Personalbedarfe in der Kernverwaltung abzudecken,
- die Personalgewinnung zu optimieren und die Ausbildung und Fortbildung unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu stärken,
- **dem Aufgabenzuwachs im Allgemeinen Sozialdienst (ASD) gerecht zu werden,**
- den Herausforderungen in den Bereichen Sicherheit und Ordnung sowie Sauberkeit unserer Stadt Rechnung zu tragen

und

- die Integrationsarbeit zu stärken.

Link zum vollständigen Dokument im **Ratsinformationssystem**:

https://media.essen.de/media/wwwessende/aemter/0115_1/fuer_pressemeldungen/2018-09-26_Haushaltsrede_Grabenkamp.pdf

>>> dort Seite 12 / 13

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2PhD6pm>

SOZIAL- UND ERZIEHUNGSBERUFE:

**RICHTIG
GUT ✓**

**RICHTIG
WAS WERT!**

INFO

AUSGABE
10/18

Seit Juli 2011 ist im Rahmen des Vormundschaftsrechtes des SGB VIII eine Fallzahlobergrenzung von höchstens 50 Vormundschaften oder Pflegschaften pro Fachkraft festgeschrieben.

§ 79 SGB VIII bestimmt, dass die Träger der öffentlichen Jugendhilfe gewährleisten müssen, dass die erforderlichen und geeigneten Einrichtungen, Dienste und Veranstaltungen, den verschiedenen Grundrichtungen der Erziehung entsprechend zur Verfügung stehen, ... und die Jugendämter und der Landesjugendämter ausreichend ausgestattet sind, wozu auch eine dem Bedarf entsprechende Zahl von Fachkräften gehört.

Fallzahlen in den Allgemeinen Sozialen Diensten (ASD)

28 Fälle sind das Maximum!

ver.di fordert die Einführung einer gesetzlichen Fallzahlbegrenzung im ASD (auch KSD / RSD / BSA).

Wir stellen fest, dass in den ASDs, mit regionalen Unterschieden, deutlich zu hohe Fallzahlen bestehen. Personalbemessungsmodelle nach dem Prinzip „so wenig wie möglich und so viel wie nötig“ räumen der Beratung zu wenig Zeit ein und lassen Fehlzeiten (Krankheit, Urlaub, Fortbildung, Supervision etc.) sowie fallunabhängige Arbeit unberücksichtigt.

Die Realisierung von Grundrechten ist unser Auftrag.

Seit Jahren beklagen wir die unzureichende Mittel- und Personalausstattung der Jugendämter. Die Überforderung und Überlastung der Fachkräfte ist zum Regelfall geworden. Die notwendigen Bedingungen für eine sach- und fachgerechte Aufgabenwahrnehmung sind in Frage gestellt. Die besondere Brisanz von Kinderschutz bzw. Kindeswohlgefährdung und die entsprechenden Änderungen im SGB VIII haben die Belastungen im ASD noch verstärkt. Eine Anpassung der Ressourcen für diese Aufgaben ist nicht oder nur unzureichend erfolgt.

Wir fordern sachgerechte Arbeitsbedingungen, um dem Auftrag des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, den Kindern, Jugendlichen und Familien gerecht werden zu können und dies ohne dass unsere Kolleginnen und Kollegen wegen der hohen Arbeitsbelastung Opfer von Burnout werden.

Die ASDs sind bundesweit von Kommune zu Kommune unterschiedlich organisiert und ausgestattet. Trotzdem lassen sich die Schwerpunkt- und Kernaufgaben nach dem SGB VIII bestimmen und dementsprechend Anforderungen an die Kolleg*innen generalisieren.

Auf Grundlage von Rückmeldungen aus der ganzen Republik entstand unsere Forderung.

ver.di fordert eine Fallzahlobergrenze von 28 Fällen.

IMPRESSUM:
Vereinte
Dienstleistungs-
Gewerkschaft
Wolfgang Pieper
Fachbereich Gemeinden
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

ver.di

Für bessere Arbeitsbedingungen müssen wir selbst, Beschäftigte in den ASDs, gemeinsam mit ver.di und Personalräten aktiv werden.

Wir wollen uns nicht mehr aufhalten mit der „Nichtvergleichbarkeit“ der Aufgabenzuschnitte einzelner ASDs und der Debatte „wann wird ein Fall zum Fall“.

Wir haben vier Kernaufgaben zugrunde gelegt:

- HzE- Fallbearbeitung
- Kinderschutz/Kindeswohlgefährdung
- präventive Beratungsprozesse
- Verfahren zu Trennung und Scheidung

In der Summe aller vier Kernbereiche der Arbeit der ASDs darf eine Fallzahl von 28 laufenden Fällen pro Vollzeitkraft nicht überschritten werden.

Fallunspezifische Arbeiten, Dokumentationstätigkeiten sowie Kooperationen und Vernetzung im Sozialraum sind grundlegende Bestandteile der Arbeit des ASD und gehören wie die Anleitung von Praktikant*innen und die Einarbeitung neuer Mitarbeiter*innen als Querschnittsaufgaben zur Regeltätigkeit.

Das bedeutet:

die **Tätigkeiten der Beratung, Mitwirkung, der Leistungsvermittlung und -erbringung im Kontext von**

- § 8a** - Kinderschutz,
 - §§ 16 bis 20** - Förderung der Erziehung in der Familie,
 - §§ 27 ff.** - Hilfen zur Erziehung,
 - § 41** - Hilfen für junge Volljährige,
 - §§ 42, 42a** - Inobhutnahme sowie
 - §§ 50,52** - Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren,
- sind jeweils als Fall zu zählen und bei der Bemessung der Fallobergrenze zu berücksichtigen.

Unser Ziel:

Gute Arbeitsbedingungen, gute Arbeit, gute Leistungsqualität.

www.sozialarbeit.verdi.de

■ Beitrittserklärung ■ Änderungsmitteilung

Mitgliedsnummer

ver.di

Vertragsdaten

Titel Vorname

Name

Straße Hausnummer

Land/PLZ Wohnort

Telefon

E-Mail

Ich möchte Mitglied werden ab 0 1 2 0

Geburtsdatum

Geschlecht weiblich männlich

Beschäftigungsdaten

Angestellte*r Beamter*in erwerbslos
 Arbeiter*in Selbständige*r

Vollzeit Teilzeit Anzahl Wochenstunden:

Auszubildende*r/Volontär*in/Referendar*in Praktikant*in
 Schüler*in/Student*in (ohne Arbeitseinkommen)
 Dual Studierende*r Sonstiges

bis

Bin/war beschäftigt bei (Betrieb/Dienststelle/Firma/Filiale)

Straße Hausnummer

PLZ Beschäftigungsort

Branche

ausgeübte Tätigkeit

monatlicher Bruttoverdienst €

Lohn-/Gehaltsgruppe o. Besoldungsgruppe

Tätigkeits-/Berufsjahre o. Lebensalterstufe

Monatsbeitrag €

Der Mitgliedsbeitrag beträgt nach § 14 der ver.di-Satzung pro Monat 1 % des regelmäßigen monatlichen Bruttoverdienstes, jedoch mindestens 2,50 Euro. Er wird monatlich zum Monatsende fällig.

Ich wurde geworben durch:
Name Werber*in

Mitgliedsnummer

Datenschutzhinweise
Ihre personenbezogenen Daten werden von der Gewerkschaft ver.di gemäß der europäischen Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem deutschen Datenschutzrecht (BDSG) für die Begründung und Verwaltung Ihrer Mitgliedschaft erhoben, verarbeitet und genutzt. Im Rahmen dieser Zweckbestimmungen werden Ihre Daten ausschließlich zur Erfüllung der gewerkschaftlichen Aufgaben an diesbezüglich besonders Beauftragte weitergegeben und genutzt. Eine Weitergabe an Dritte erfolgt nur mit Ihrer gesonderten Einwilligung. Die europäischen und deutschen Datenschutzrechte gelten in ihrer jeweils gültigen Fassung. Weitere Hinweise zum Datenschutz finden Sie unter <https://datenschutz.verdi.de>.

SEPA-Lastschriftmandat

Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE61ZZZ0000101497
Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.
Ich ermächtige ver.di, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von ver.di auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen.

Titel/Vorname/ Name Kontoinhaber*in (nur wenn abweichend)

Straße und Hausnummer

PLZ/Ort

IBAN

Deutsche IBAN (22 Zeichen)

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zu ver.di / zeige Änderungen meiner Daten an¹⁾ und nehme die **Datenschutzhinweise** zur Kenntnis.

Ort, Datum und Unterschrift

¹⁾ nichtzutreffendes bitte streichen

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

als wenn die Auseinandersetzung um die Fallzahlen im ASD auf kommunaler Ebene nicht schon anstrengend genug wäre, werfen die anstehenden Ereignisse um die **eigenständigen SuE-Tarifverhandlungen** (über die S-Entgelttabellen) ab dem 01.07.2020 schon ihre Schatten voraus.

Zur Erinnerung: Beim Abschluss des Tarifvertrages für den Sozial- und Erziehungsdienst im Ende September 2015 haben wir als Gewerkschaft mit den Arbeitgebern vereinbart, ab dem 01.07.2019 Vorabgespräche zum "Erfahrungsaustausch über die neuen Entgeltgruppen" zu führen.

Was sich ein bisschen merkwürdig anhört, hat auch die Erfahrungen der Tarifaufeinandersetzungen aus den mehrwöchigen Arbeitskämpfen in 2009 und 2015 zum Hintergrund. Wer sich erinnert, hat noch die bundesweiten Bilder von streikenden SozialarbeiterInnen (aber auch aus allen anderen Arbeitsfeldern im SuE) vor Augen. Die Streikhandlungen waren zu den damaligen Zeitpunkten unausweichlich geworden, weil die kommunalen Arbeitgeber die berechtigten Forderungen frech als völlig überzogen zurückwiesen und in den meisten Verhandlungsbereichen zu keinerlei Gesprächen bereit waren.

Mit einem größeren Zeitkorridor wollen die Arbeitgeber – aber auch wir als Gewerkschaft – nun ausloten, welche Verhandlungsmöglichkeiten tatsächlich bestehen, um auf dieser Basis annehmbare Ergebnisse erzielen zu können. Denn die Auswirkungen der Streikmaßnahmen waren – seien wir ehrlich – außerhalb des ErzieherInnenumfeldes aufgrund des fehlenden (wirtschaftlichen und öffentlichen) Drucks nur bedingt erfolgreich.

Nun hat sich die Ausgangssituation massiv verändert: In allen Arbeitsfeldern des SuE bestehen drängende und dauerhafte Personalprobleme. So können Arbeitsplätze teils gar nicht mehr besetzt werden (in Kitas und OGS etwa), und in den kommunalen ASDs/KSDs bestehen zudem erhebliche Personalbindungsprobleme.


Auch in der medialen Öffentlichkeit vergeht kein Tag mehr, in dem nicht von exorbitant fehlenden Kitaplätzen oder den schwierigen Arbeitsbedingungen in den Feldern des SuE berichtet wird. Vielleicht auch deshalb hat der familienpolitische Sprecher der CDU, Herr Weinberg, in diesem Zusammenhang eine "konzertierte Aktion zur Gewinnung von Erziehern" angemahnt. Er sieht die Rekrutierung neuer Fachkräfte sogar als "nationale Aufgabe". Dies darf man getrost auch auf alle anderen Arbeitsfelder im SuE übertragen.

Und genau hier gilt es jetzt für jeden Bereich des SuE, die **Vorabgespräche mit den Arbeitgebern** in acht Monaten vorzubereiten. Als Gewerkschaft werden wir zwei Kollegen aus dem ASD Essen Mitte November 2018 zu einem entsprechenden Seminar nach Berlin entsenden, um mögliche Ideen auf der Handlungsebene zu erörtern. Damit sind wir als Gewerkschaft aber nicht alleine aktionsfähig, sondern benötigen – wie schon in der Auseinandersetzung um mehr Personal und Stellenbemessung in Essen – die Einsatzbereitschaft aller KollegInnen.

Ja – das bedeutet wieder Plakate erstellen, Briefkorrespondenz führen, Aktionen durchführen etc. Aber wie sollte es auch anders funktionieren, außer dass ihr Euch selbst für Eure ureigenen Belange – mit tatkräftiger Unterstützung der Gewerkschaft ver.di – einsetzt? Denn von alleine (möglicherweise aus Gründen der Einsicht) stellt sich bei den kommunalen Arbeitgebern zumindest in realen Tarifverhandlungen kein Problembewusstsein ein, auch wenn dieser Irrglaube bei einigen noch immer stark verwurzelt scheint.

Deshalb lasst uns die „Vorabgespräche“ mit den kommunalen Arbeitgebern konstruktiv begleiten und sie von der Notwendigkeit spürbarer Verbesserungen – und zwar in allen Entgeltgruppen – überzeugen.

Anhang: Medienecho

 Aus urheberrechtlichen Gründen können wir die Artikel nicht vollständig wiedergeben, sondern den Inhalt nur summarisch zusammenfassen.

■ WAZ vom 24.8.2016

Essen hat traurigen Spitzenwert bei Kindesmisshandlung

<https://www.waz.de/staedte/essen/essen-hat-traurigen-spitzenwert-bei-kindesmisshandlung-id12128837.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2R3wEjd>

Zusammenfassung: In Essen gibt es eine beunruhigend hohe Anzahl von körperlichen Misshandlungen bei Kindern, anders als in anderen NRW Großstädten. Die Schutzmechanismen greifen noch nicht. Alle Bürger*innen sind aufgerufen, mehr Aufmerksamkeit und Zivilcourage zu zeigen.

■ WAZ vom 28.7.2017

Kinder sind in der Stadt Essen immer häufiger gefährdet

<https://www.waz.de/staedte/essen/kinder-sind-in-der-stadt-essen-immer-haeufiger-gefaehrdet-id211386963.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2v2NPtU>

Zusammenfassung: Prüfungsverfahren zum Kindeswohl und Fälle von Kindeswohlgefährdungen haben in Essen deutlich zugenommen (plus 48 %). Vor allem die kleinsten Kinder sind betroffen. Die Bevölkerung ist sensibilisiert, mehr Meldungen gehen beim Jugendamt ein und müssen überprüft werden. 2016 sind die „Qualitätsstandards zur Bewertung und zum Umgang mit Kindeswohlgefährdungen“ aktualisiert worden, selbst nur geringfügigen Anzeichen einer Gefährdung wird nachgegangen.

■ WAZ vom 15.5.2018

Jugendämter bei Schutz von Kindern überlastet

<https://www.waz.de/politik/jugendaemter-bei-schutz-von-kindern-ueberlastet-id214289113.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2CyVgMV>

Zusammenfassung: Zu wenig Personal im Jugendamt muss sich um immer mehr Fälle von Kindesmisshandlungen kümmern. Zu diesem Schluss kommt eine Studie der Deutschen Kinderhilfe und der Hochschule Koblenz. Die befragten Sozialarbeiter*innen klagten über die hohen und steigenden Belastungen. Empfohlen wird eine „Fallzahl“ von 35 Fällen je Vollzeitstelle, die realen Fallzahlen liegen weit darüber. In Essen sind es z.B. ca. 70 Fälle je Sozialarbeiter*in laut Jugendamtsleiter U. Engelen. Die Finanzlage der Kommunen und der Sparzwang werden in der Studie ursächlich für diese Situation benannt, mehr Finanzhilfen werden u.a. vom deutschen Städtetag für diese kommunalen Aufgaben gefordert.

■ WAZ vom 6.6.2018

Jugendnottelefon Essen: Immer mehr Hilferufe von Kindern

<https://www.waz.de/staedte/essen/jugendnottelefon-essen-immer-mehr-hilferufe-von-kindern-id214491525.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2J98AbO>

Zusammenfassung: Fast 1.500 Notrufe gingen im Jahr 2017 beim Jugendnottelefon, betrieben von Stadt und Diakoniewerk, ein. Hier melden sich auch Kinder und Jugendliche selber, um über ihre Situation zu berichten und Hilfen anzufordern. Die ermittelnden Mitarbeiter*innen geraten dabei aber oft selber in eine Notlage und müssen immer häufiger die Polizei um Hilfe bitten, weil die häuslichen Konflikte außer Kontrolle geraten. Aus inhaltlichen Gründen – aber vor allem vor dem Hintergrund des Fachstandards Kinderschutz – müssen die Außentermine zwingend von zwei MitarbeiterInnen wahrgenommen werden, um ihre Sicherheit zu gewährleisten. Für das Diakoniewerk wurden nun fünf neue Stellen seitens der Stadt bewilligt.



■ WAZ vom 20.7.2018

Essener Jugendamt musste weniger Kinder in Obhut nehmen

<https://www.waz.de/staedte/essen/essener-jugendamt-musste-weniger-kinder-in-obhut-nehmen-id214806827.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2PNSPcS>

Zusammenfassung: Aufgrund der hohen Anzahl von geflüchteten Familien und den sich für sie daraus ergebenden zahlreichen Problemstellungen sowie der unbegleiteten minderjährigen Flüchtlinge war die Zahl der Inobhutnahmen in Essen in 2016 sprunghaft angestiegen. Mittlerweile hätte sich die Situation zwar wieder normalisiert, man könne aber noch nicht von einer Trendwende sprechen, wird U. Engelen, Jugendamtsleiter der Stadt, zitiert.

■ Meldung von Radio Essen vom 11.9.2018

Die Mitarbeiter beim Sozialen Dienst bei uns in Essen sollen entlastet werden.

<https://www.radioessen.de/essen/lokalmeldungen/lokalmeldungen/archiv/2018/09/11/article/-226ba2c8ef.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2CZhxV1>

Zitat: "Make ASD great again". Das haben die Mitarbeiter vom Sozialen Dienst auf ein Plakat geschrieben und es vor dem Ratssaal heute Nachmittag aufgehängt. Rund 50 Mitarbeiter sind gekommen, um den Politikern ihre Probleme zu zeigen. ... Grundsätzlich wollen alle Politiker, dass der Soziale Dienst mehr Personal bekommt. ... Die Gewerkschaft Ver.di fordert insgesamt 14 zusätzliche Stellen - zwei pro Bezirk.

■ WAZ vom 13.9.2018

Sozialer Dienst überlastet: Kinderschutz gerät an Grenzen

<https://www.waz.de/staedte/essen/sozialer-dienst-ueberlastet-kinderschutz-geraet-an-grenzen-id215315339.html>

Aktiver Kurzlink: <https://bit.ly/2AnMgIO>

Zusammenfassung: Sobald Hinweise auf Kindeswohlgefährdung vorliegen, geht der Allgemeine Soziale Dienst (ASD) der Stadt diesen Hinweisen nach und greift notfalls ein. Doch die Mitarbeiter*innen des ASD fühlen sich zusehends überlastet. Ver.di / M. Peil begrüßt zwar die hohen Qualitätsstandards im ASD,) fordert aber auch gerade deswegen eine sofortige Personalaufstockung um zwei Stellen je Bezirksstelle, insgesamt 14 Stellen mehr.

Der Arbeitsdruck führt zu Abwanderung(-sgedanken) gerade neuer, frisch eingearbeiteter Mitarbeiter*innen, die Fluktuation ist sehr hoch. Deshalb waren viele ASD-Beschäftigte am 11. Sept. bei der Sitzung des Jugendhilfeausschusses zu Gast. Der zuständige Dezernent Herr Al Ghusain erklärte, sich ausführlich mit den Problemstellungen im ASD auseinandersetzen zu wollen und versprach als ein erstes Entlastungssignal, die befristeten Stellen zu entfristen.

Ver.di wird die Personalsituation im ASD weiterhin aktiv begleiten.

**Kontakt
daten**
ver.di Ruhr-West

Martina Peil

Gewerkschaftssekretärin
Fachereich Gemeinden
☎ 0201 / 24 75 20
bz.ruhr-west@verdi.de

Christian Uhl

Vorsitzender der Fachkommission
Sozial- und Jugendhilfe (FK SozJug)
im ver.di Bezirk Ruhr-West
☎ 0201 / 885 14 19
Christian.Uhl@pr.essen.de



Bezirk
Ruhr-West

www.essen-verdi-gemeinden.de

